

VORWORT

Inhalt
Prag 1968:
Panzer retten die Bürokratie Seiten 6 und 7
Weltwirtschaft: Klarer Fall von Doping Seite 2
Nationalitätenproblem: Stachel im Fleisch der Sowjetbürokratie Seite 9

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

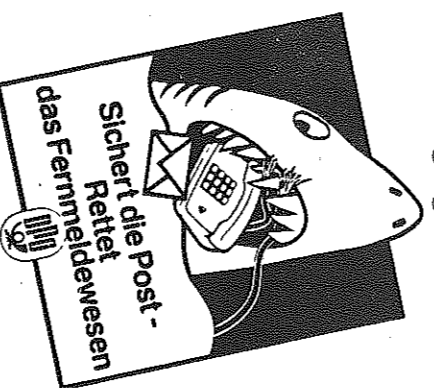
Nr. 103 - September 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM



In diesem Monat wird im Bundestag der Kabinetentwurf zur Zerschlagung und Teilprivatisierung der Bundespost diskutiert werden. Schon bei früheren Gelegenheiten hat man gesehen, daß es keinen Sinn hat, an die CDU- und FDP-Abgeordneten zu appellieren, die Pläne fallen zu lassen, weil sie gegen die Postbeschäftigten und kleinen Kunden gerichtet sind. Nur ein konsequenter Abwehrkampf in erster Linie der 550.000 Postbeschäftigten könnte die Postzerschlagung verhindern.

Zerschlagung der Bundespost bedeutet, daß die drei zur Post gehörenden Bereiche gelbe Post (Brief- und Paketdienst), Post giro und Fernmeldewesen (Telekom) mehr „unternehmerische Freiheit“ bekommen sollen. Vor allem bei der gelben Post würde dies einen Kahlschlag an Arbeitsplätzen und verschärfte Arbeitsbedingungen zur Folge haben. Denn die bisherigen Verluste bei der gelben Post würden nicht mehr wie bisher durch die Gewinne im Fernmeldebereich ausgeglichen werden. Teilprivatisierung bedeutet, daß es Kapitalisten in vielen Bereichen erlaubt sein soll, zur Post als Konkurrent aufzutreten. Sie wür-



Drohende Rentenpleite Beamte als Meikwieh!

Die Beamten sollen nun herhalten! Die Beamten zahlen weder Arbeitslosen- noch Rentenbeiträge. Dies soll nun anders werden. Schließlich sollen auch die Beamten solidarisch mit den Rentnern und Arbeitslosen sein. Anscheinend freuen sich viele, daß es „endlich mal die faulen Beamten erwischt“.

Doch wovon sollen diese Beiträge bezahlt werden? Viele glauben wohl, die Beamten erhalten die dicken Gehälter und tun dafür auch noch nichts, und finden es natürlich korrekt, wenn es denen nun auch aus Portemonnaie geht. Doch die Gehälter sind so kalkuliert, daß von Anfang mitberücksichtigt wurde, daß diese Beiträge nicht bezahlt werden.

Die Mehrheit der Beamten arbeitet im einfachen und mittleren Dienst (z.B. bei der Post sind es 90%), und dies bedeutet ein durchschnittliches Monatsgehalt von ca. 2200,- DM brutto und 5-6 Wochen Urlaub im Jahr! In Saus und Braus können wir davon nicht leben! Außerdem steigen ständig die Mieten, der Strom usw. Das einzige, was nicht sonderlich steigt, sind unsere Gehälter! Unsere letzte Lohnerhöhung hat den meisten

Kollegen ca. 10-15,- DM monatlich gebracht.

Ich konnte es kaum glauben, als wenige Wochen nach Beendigung des Tarifstreits im öffentlichen Dienst die Erhöhung der Löhne für „unsere“ Abgeordneten anstand. Alle Argumente, die Zimmermann & Co. gegen eine Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung vorbrachten, gaben nun nicht mehr, als es um ihre eigenen Dämonen ging. Abgeordnete erhalten nun jährlich ca. 4300,- DM mehr und die meisten Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur ca. 150,- DM!

Ablenkungsmanöver

Außerdem, das was uns mit der einen Hand (natürlich nicht freiwillig und ohne Kampf) gegeben wird, das wird uns mit der anderen wieder abgenommen (Steuerreform, steigende

Postler sagen:

„Janzum-Kampf!“

den sich die „Rosinen“, d.h. alles, was Profit bringt, herauspicken – der verlustbringende Rest könnte vollständig bei der Post verbleiben.

Die Verluste sollen auf die gesamte arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. Deshalb sind schon jetzt Gehaltserhöhungen z.B. bei Ortsgeprüften und bei Briefen für das nächste Jahr geplant.

Umfrage

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) will im September eine Mobilisierungskampagne gegen die Zerschlagungspläne der Bundesregierung durchführen. Vom 1. bis 6. September wird sie eine Abstimmung unter allen Postbeschäftigten durchführen. „Ja“ oder „Nein“ können die Kollegen zu zwei Aussagen ankreuzen: 1. Ich lehne die Pläne ab; 2. Ich bin bereit, mich an den Aktionen der DPG zu beteiligen.

Verbrauchersteuer, Gesundheitsreform usw.). Die Beamten sind auch davon betroffen, genauso wie alle anderen Arbeiter, Studenten, Sozialhilfeempfänger ...

Wir dürfen nicht auf die Ablenkungsmanöver der CDU/CSU/FDP-Regierung reinfallen. Denn von Seiten der Konservativen wird versucht, zu spalten. Diesmal mit den Beamten! Doch Beamte sind nicht diejenigen, die die „fette Kohle“ nach Hause bringen und den ganzen Tag nichts tun.

Einheitliches Dienstrecht

Auch im öffentlichen Dienst ist Arbeitsplatzabbau (Sparen bei den Personalkosten) und zunehmender Streik, Überbelastung nichts Neues. Z.B. hat beim Postamt Aachen kein Beschäftigter das Rentennalter erreicht, außer dem Amtsvorsteher (der höchsten Chef). Gespart und gekürzt wird bei den „kleinen Leuten“! Dagegen müssen wir uns wehren und zwar alle (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Azubis ...). Wir fordern

Alle Postler sollten sich beteiligen und mit JA stimmen. Alle Jungsozialisten, aber auch Beschäftigte aus anderen Bereichen, sollten den Kampf der Postler im Herbst unterstützen und selbst Aktionen dazu machen.

Die Umfrage ist sicher ein positiver Schritt, aber sie kann kein Ersatz sein für wirkliche Kampfmaßnahmen. Eine ähnliche Abstimmung zum § 116 hat 1986 alleine nicht ausgereicht, die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte zu verhindern. Dies hätten nur umfassende, bundesweit organisierte Streiks vermocht. Daraus können die Postler lernen. Die DPG könnte schon im Herbst eine breit angelegte Kampagne für eventuelle Streikmaßnahmen durchführen. Alle DPGler, die sich in der Umfrage zu Aktionen bereit erklären, könnten in den unmittelbar darauffolgenden Wochen während der Bundestagsdebatte zu einer

gemeinsamen Aktion aufgerufen werden: Zu einer Grobdemostration in Bonn. Sie wäre ein gewaltiger Erfolg und würde die Kohl-Regierung in die Enge treiben.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist



Natürlich sind 10 Minuten längere Mittagspausen schön. Aber wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung, die neue Stellen schafft.

Je. Und natürlich: 35-Stundenwoche bei vollem Lohn als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
Eiljane Peters, Aachen
Postbeamtin und Jungsozialistin

Der Kommentar

Keine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien

Die bürgerlichen Medien sind zur Zeit voll des Lobes über den Zustand der SPD. Vogel sei es gelungen, die Partei in seinem ersten Amtsjahr als Vorsitzender auf Vordermann zu bringen und die Geschlossenheit zu fördern; Lafontaine sei glücklicherweise auf einen gemäßigteren Kurs eingeschwenkt, die Oppositionsstrategie sei geschickt, weil die SPD einfach auf die Fehler der Regierung baue und sich selbst inhaltlich nicht „aus dem Fenster hängt“.

So viel Lob von ungewohnter Seite sollte uns mißtrauisch machen. Könnte es nicht sein, daß die rechten Medien vor allem deshalb so angehen sind, weil ein solcher nichtssagender Kurs der SPD der sichere Weg in die dritte Wahlperiode ist?

Hymnen der Rechtspresse

Im Gegensatz zu den Hymnen der Rechtspresse gibt es in der SPD-Mitgliedschaft und unter den Anhängern eine weitverbreitete Unzufriedenheit über den Mangel an Offensivgeist und die lahme Oppositionspolitik. In vielen Bereichen, besonders in der Wirtschaftspolitik, bietet die SPD-Führung keine überzeugende Alternativen. Die Nürnberger Parteitagbeschlüsse scheinen vor allem für die Ablage bestimmt gewesen zu sein. In für die Regierung heißen Fragen wie z.B. der sogenannten Rentenreform bietet die SPD-Führung sogar Zusammenarbeit an und bringt mit Vorstoßen wie der Einbeziehung der Beamten in Rentenversicherungsabgaben Vorschläge, die auf eine unzumutbare Lohnkürzung für die Masse der kleinen und mittleren Beamten hinauslaufen.

Die SPD-regierten Bundesländer bilden keinen inhaltlichen Gegenpol zur Politik der Regierungsparteien: Die Stahlarbeiter in Rheinhausen führen sich von der SPD-Landesregierung in NRW ebenso im Stich gelassen wie die Beamten in Saarland, die Angriffe auf ihren Lebensstandard durch das SPD-Landeskabinett befürchten müssen. Vorschläge wie eine Abgabe der sogenannten „Besserverdienenden“ und die Umsetzung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung in öffentlichen Dienst in eine verlängerte Mittagspause, wie sie Lafontaine erwägt, unterscheiden sich kaum von der Politik in CDU-geführten Bundesländern wie in Baden-Württemberg und Hessen.

Der Hoffnungsträger Lafontaine scheint in die Fußstapfen vieler früherer Parteiführer zu treten, die ihre ehemaligen politischen Positionen auf dem Weg nach oben ablegten.

Alarmierende Annäherungsversuche an die FDP

Alarmierend sind auch die Annäherungsversuche an die FDP, wie sie in letzter Zeit von führenden SPD-Politikern – besonders wiederum von Lafontaine – zu beobachten sind. Der Eindruck vertieft sich, daß Teile der Parteiführung eine Neuanlage der sozialliberalen Koalition anstreben.

Doch worin bestand seinerzeit die Politik der FDP? Selbst in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition Anfang der 70er Jahre, als wegen der relativ günstigen wirtschaftlichen Lage noch umfangreiche Reformen möglich waren, spielte die FDP eine bremsende Rolle. Sie verhinderte z.B. eine Bodenwertwachsteuer, die Gewinne aus Bodenspekulation abschöpfen sollte, und verwässerte eine Reihe anderer Reformvorhaben. Sie war der Wachhund des Kapitals in der Regierung.

Nach Einbruch der internationalen Rezession war sie die treibende Kraft bei Sozialabbau, Rostpolitik und Steuererhöhungen für die Unternehmer. Dies kann man übrigens auch jetzt beim sozialliberalen Senat in Hamburg sehen. Und mit demselben Lambsdorff, der 1982 die Schmidt-Regierung zu Fall brachte und die Wende einleitete, und der womöglich im Herbst FDP-Parteivorsitzender wird, sollen wir eine erneute Koalition eingehen?

Auf absolute Mehrheit orientieren!

Nein, mit der FDP ist keine Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung möglich. Es darf keine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien mehr geben. SPD-Mitglieder und Parteilinke, die diese Bezeichnung verdienen, müssen solche Versuche im Ansatz zurückweisen und energisch bekämpfen.

Die Partei muß auf die Eroberung der absoluten Mehrheit orientiert werden. Das geht aber nur mit offensiver Oppositionspolitik, bei klaren programmatischen Aussagen, die sozialistische Positionen und Alternativen erklären, im engen Schulterschluss mit den Gewerkschaften und der Unterstützung gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen, durch Mobilisierung der Mitglieder und Anhänger. Noch ist Zeit, eine solche Umorientierung und damit ein Ende der Wende vorzubereiten. Wir dürfen nicht zulassen, daß durch eine katastrophale Politik wie im Jahre 1986, durch Lieblingen mit Koalitionen, eine erneute mögliche eigene Mehrheit verspielt wird.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: P.GiroA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430
 Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Starker Dollar, gestiegene Wachstumsraten Klarer Fall von Doping!

Was auch bürgerliche Ökonomen nicht zu glauben wagten, scheint eingetroffen zu sein: Der Börsenkraich im Oktober letzten Jahres hat zwar eine Reihe von Spekulanten ihr Vermögen gekostet, aber die Wirtschaften der entwickelten Industrienationen zeigen Wachstumsraten wie seit Jahren nicht mehr. Die längste – wenn auch geringste – Aufschwungphase der Nachkriegszeit kommt just in dem Augenblick, da jeder dachte, die Luft sei raus, noch einmal in Schwung.

Heißt das, wir können aufatmen, uns auf bessere Zeiten einrichten, hoffen, daß endlich die Rechnung aufgeht: steigende Wachstumsraten bedeuten mehr Investitionen, bedeuten mehr Arbeitsplätze?
 Nein, das heißt es nicht. Eine genauere Untersuchung zeigt: Die Wirtschaft bewegt sich nicht aus eigener Kraft, sondern es handelt sich um einen klaren Fall von Doping.

Der gleiche Prozeß, der im kapitalistischen System wirtschaftliches Wachstum bewirkt, bewirkt auch immer wieder Krisen. Denn der Grund für jede wirtschaftliche Aktivität liegt hier in der Erwartung von Profit. Jeder der Unternehmen muß, um seinem Konkurrenten nicht zu unterliegen, immer versuchen, eine Nasenlänge voraus zu sein. So ist er bemüht, ständig mehr und billiger zu produzieren. Die Folge: Rationalisierungen, Aufbau von Überkapazitäten. Die vielen Güter, die produziert werden können, finden keine Käufer mehr. Und wenn Waren nicht verkauft werden, bringen sie auch keinen Gewinn.

Genau in dieser Phase der Entwicklung befinden wir uns seit einiger Zeit: Investitionen in den produktiven Bereich finden kaum noch statt. Und zwar nicht, weil die Unternehmer kein Geld hätten, sondern weil es gewinnversprechender ist, sein Geld in Aktien anzulegen oder in Devisen zu spekulieren. Normalerweise bedeutet solch eine Situation, daß kein Wirtschaftswachstum mehr stattfindet, also Stagnation oder Krise.

Inflation

Ein wirtschaftlicher Niedergang hätte aber besonders in den USA augenblicklich fatale Auswirkungen auf die regierenden republikanische Partei: Schließlich behindert sich das Land im Wahlkampf! Aus diesem Grund hat sich die herrschende Klasse dort entschlossen, nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ zu handeln. Als nach dem Börsenkraich eine Rezession hereinzubrochen drohte, pumpt sie enorme Mengen Geld in die Wirtschaft. Das heißt: Die im Umlauf befindliche Geldmenge übertrifft bei weitem den Wert der produzierten Güter – das klassische Rezept für Inflation.

Und die können die Kapitalisten natürlich überhaupt nicht gebrauchen. Die ersten Anzeichen der Sintflut erschienen schneller als erwartet am Horizont. Im Juni zeigte sich, daß die Inflationsrate auf 4,6% angestiegen war. So sahen sich die Vertreter des Kapitals gezwungen, gegenzusteuern und durch Zinserhöhungen die Kredite zu verteuern. So soll also jetzt die Geldmenge verringert werden – und schon ist man wieder auf dem Weg dahin, wo man ja eigentlich genau nicht hinwollte: in Richtung auf einen Wirtschaftsabschwung nämlich.

Aber noch ein Nebeneffekt trat ein: Die hohen Zinsen in den USA veranlassen eine nicht unbeträchtliche Anzahl derjenigen, die sowieso nicht mehr wissen, wohin mit ihrem Geld, dieses in den USA anzulegen. Die Folge: Der Dollarkurs schnellt in die Höhe. Nun kommt ein hoher Dollarkurs den Regierenden in den USA in einer Hinsicht nicht ungeliegen: Sie können nämlich mit dem ins Land strömenden Geld ihr enormes Haushaltsdefizit finanzieren, das sich in den letzten Monaten keineswegs deutlich verringert hat.

Aber es gibt auch eine Kehrseite der Medaille: Hoher Dollarkurs bedeutet, daß sich die Importe ins Land verbilligen und die Exporte verteuern – von allen Hoffnungen auf einen Abbau des Handelsbilanzdefizits kann man unter diesen Umständen getrost Abschied nehmen. Und erinnern wir uns: Es war

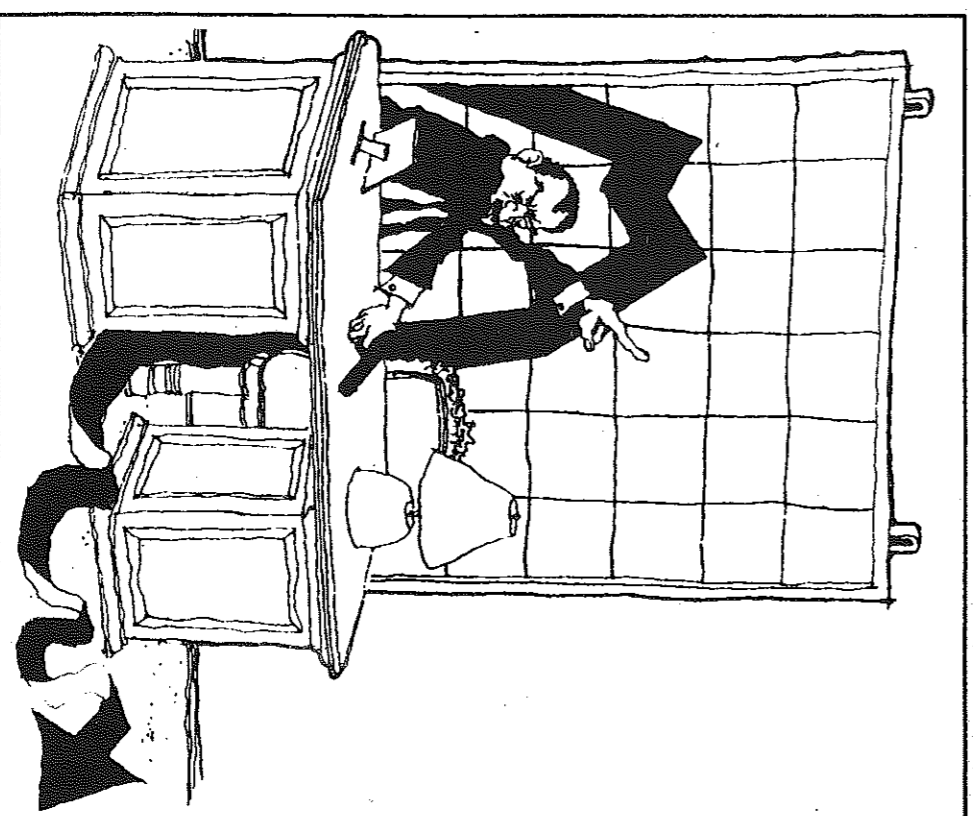
über die Runden zu kommen. Um dem vorzubeugen und um gleichzeitig zu verhindern, daß noch mehr Kapital als bisher aus der BRD ins Ausland fließt, erhöhte auch die Bundesbank ihre Zinsen. Ein „Zinswettbewerb“ beginnt, der sicher nicht dazu angetan ist, die „Investitionslust der Unternehmer anzustacheln. Denn wozu sollten sie das Risiko einer Erweiterung ihrer Produktionsanlagen eingehen, wenn es sicherer und mehr Geld bringt, das Kapital bei Banken anzulegen?

EG-Binnenmarkt

Just in diesem Augenblick wird der Europäische Binnenmarkt wieder aus dem Hut gezo-gen. Er soll den Unternehmen in Europa die Märkte versprechen, für die es sich lohnt zu investieren. Welche Möglichkeiten, bei 320 Millionen Europäern! So jedenfalls versuchen die einzelnen europäischen Regierungen den Unternehmen die Sache schmackhaft zu machen. Aber besonders die Großkonzerne haben dafür nur ein müdes Lächeln übrig: Herr Polenz von der Firma Bayer meint, ein einheitlicher Markt für die chemische Industrie existiere schon fast. Herr Stich aus der Siemens-Mannergierige geht davon aus, daß sich nichts grundlegend ändere. Für die Autoindustrie wäre es schon eine gewisse Erleichterung, wenn die Standards für Autos in Europa vereinheitlicht würden. Augenblicklich müssen allein für Windschutzscheiben, Reifen und Zuggewichte bei zwölf verschiedenen nationalen Standard-Öremen Genehmigungen eingeholt werden.

Aber die Querschnitte der französischen Automobilhersteller, als es um die Vereinheitlichung der Abgasregelung ging, erklärten die Einschränkung der Auto-Chefs: Es gibt nicht die leiseste Chance, die Standards bis 1992 zu vereinheitlichen.

Bisher hat das Lockmittel EG-Binnenmarkt die Unternehmer noch nicht zu großen Investitionen veranlaßt. Aber folgen wir einmal den Wünschräumen der Regierungen. Was würde uns (d.h. den Nicht-Unternehmern) ein Binnenmarkt in Europa bringen? 5 Millionen neue Arbeitsplätze? jubeln die bürgerlichen Ökonomen. Und das bei einer momentanen Arbeitslo-



tung der Weltwirtschaft ein Wirtschaftseinbruch in den USA auch negative Folgen für die anderen Länder mitl ver-gessen. So herrscht bei den bundesrepublikanischen Mächten keineswegs eitel Freude und Sonnenschein über die jetzige Lage. Denn der höhere Dollarkurs bedeutet, daß sich die Preise für Importe in die BRD erhöhen. So sind schon im Juni die Einfuhrpreise um 1% gestiegen. Es besteht die Angst, die US-Regierung und die ihr untergeordneten Banken könnten versuchen, die Inflation zu „exportieren“, um wenigstens bis nach den

Wahlen im November zurückzuführen. sigkeit von 16,5 Millionen in Europa! Das ist alles, was bei diesem Projekt für uns abfallen soll! Also ob mit Binnenmarkt oder ohne, ob mit weiter vor sich hin stolperndem „Aufschwung“ oder mit wirtschaftlichem Niedergang, eines ist klar: Für uns wird sich die Lage nicht verbessern. Wir werden weiterhin für jedes kleine Zugeständnis, für jede Mark mehr kämpfen müssen. Und je länger die Vertreter des Kapitals die Wirtschaft noch aufputschen, umso besser für uns!

Barbara Kirschbaum, Köln

SPD-Mitglied

Vor 30 Jahren: Trotzkis Übergangsprogramm erscheint Die Welt ist reif für den Sozialismus

Die Methode des Übergangsprogramms hat eine lange Tradition in der Arbeiterbewegung, und hat sich natürlich aus dieser langen Erfahrung entwickelt. Im kommunistischen Manifest hat sich Marx „von den Weltverbessern, mit ihren abstrakten Utopien“, distanziert, auch von den „konservativen Sozialisten, die versuchten, den sozialen Missständen abzuhelfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.“ Er präsentierte dann ein Programm von zehn Hauptforderungen, „die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erschienen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinausdriven und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.“

Das Erfurter Programm der SPD von 1891 trennte leider die Analyse von dem sozialistische Ziel von einer Liste von Sofortmaßnahmen zum Schutz der Arbeiter, statt sie miteinander zu verbinden. Während des langanhaltenden Wirtschaftsaufschwungs dieser Periode vergaben die parlamentarischen und gewerkschaftlichen Führer den ersten Teil und beschäftigten sich nur mit Reformen, die innerhalb des Kapitalismus erreichbar schienen. Diese opportunistische Anpassung an den Kapitalismus wurde krass von Bernstein durch seine unsterblichen Worte ausgedrückt: „Die Bewegung ist alles, das Ziel nichts.“

Sozialreform und Revolution

Rosa Luxemburg mußte die SPD gar an den Grund ihres Daseins erinnern: „Für die Sozialdemokratie bildet der allgähliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, der proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergründung der

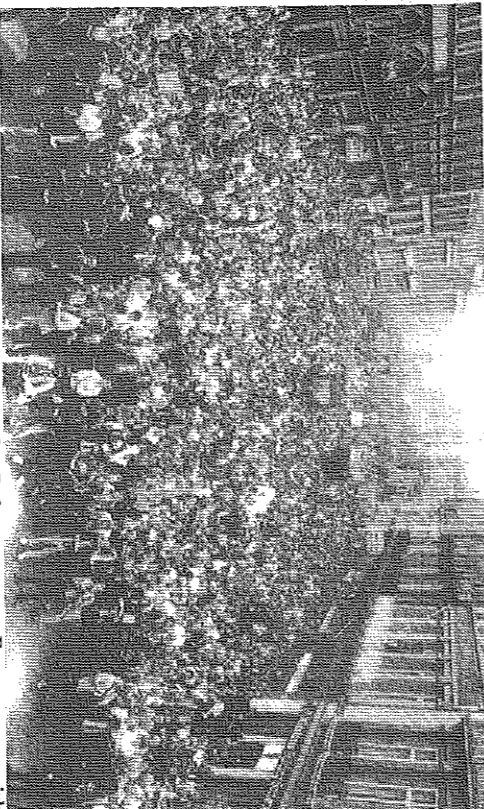
strophe und wie man sie bekämpfen soll“, gewannen die Bolschewiki die Arbeiter und Bauern für die Revolution.

Trotzki:

„Konkrete Forderungen
Aber die deutlichste Zusammenfassung dieser Methode ist das „Übergangsprogramm“, das 1938 von Trotzki geschrieben wurde.

Das Programm greift die verschiedenen Probleme der Arbeiterklasse auf, bietet konkrete Forderungen als praktische, vernünftige Lösungen dieser Probleme (z.B. Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit; Mindestlohn und eine gleitende Lohnskala als Schutz gegen Inflation), zeigt die notwendigen Kampfmittel, um sie zu erreichen (Anbau und Demokratisierung der Gewerkschaften und anderer Organisationen) und die notwendigen Änderungen, um sie zu garantieren (Arbeiterregierung, Vergesellschaftung).

Dieses Programm wurde 1938 veröffentlicht als Banner für Massenbewegungen der Arbeiter nach dem



Die Liverpooler Stadträte konnten das weitgehendste Reformprogramm Europas nur verwirklichen, weil sie die volle Kraft der Arbeiter durch Massendemonstrationen und Generalstreiks mobilisierten.

politischen Macht und Aufhebung des Lohnsystems, hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“

Dieser Zusammenhang wurde im Prozeß der russischen Revolution deutlich. Lenin und den Bolschewiki gelang es, zu zeigen, daß der Sozialismus nicht eine schöne Idee, ein Traum ist, sondern eine praktische, unmittelbare Notwendigkeit. Auf der Basis der Übergangsforderungen „Brot, Land, Frieden!“ und mit dem Instrument „Alle Macht den Räten“ wurden Arbeiterklasse und Bauerntum Rußlands für den Sturz des Kapitalismus mobilisiert, denn diese eigentlich sehr bescheidenen Ansprüche stießen gegen die Interessen und Möglichkeiten des Kapitalismus. Die unveröhnlichen Gegensätze der Klassengesellschaft wurden unübersehbar. Um eine Hungersnot und einen Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden, stellte Lenin der Sabotage der Kriegswirtschaft und dem Nichtstun der „Praktischen“ Reformsozialisten eine Liste von Maßnahmen gegenüber: Abschaffung der Geschäftsgeheimnisse, Arbeiterkontrolle, Umgestaltung der Industrie durch Verstaatlichung der

den und Vollbeschäftigung und ständige wachsenden Wohlstand und Reformen garantieren könnte. Zwar kann jeder Genosse in seinem SPD-Parteibuch lesen: „Sozialismus wird nur durch Demokratie verwirklicht“, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“ Aber welche Abgeordnete benutzen das Wort „Sozialismus“ mal im Bundestag?

Trotzki beschreibt die Situation wie folgt: „Die klassische Sozialdemokratie, die in der Epoche des fortschreitenden Kapitalismus aktiv war, gliedert ihr Programm in zwei voneinander unabhängige Teile: Ein Minimalprogramm, das sich auf Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft beschränkt, und ein Maximalprogramm, das die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus in unbestimmter Zukunft verspricht. Zwischen dem Minimal- und Maximalprogramm gab es keine Brücke. Und die Sozialdemokratie braucht auch keine solche Brücke, denn vom Sozialismus spricht sie nur an hohen Festtagen.“

Sozialabbau

Diese Beschreibung trifft auch heute noch zu. Aber die Epoche des „Wirtschaftswunders“ ist längst vorbei. Jetzt hat der Kapitalismus nichts mehr anzubieten als Dauerarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Unsicherheit, Rezession und Handelskrieg. Alle Errungenschaften, die die Arbeiter während des Aufschwungs erkämpfen konnten (z.B. die gleitende Lohnskala in Italien und Griechenland oder Arbeitsplatzgarantie in einigen Industrien Amerikas), sind jetzt gefährdet. All die Illusionen in die „Sozialpartnerschaft“ werden unter der Hammerhämmer der Betriebsabschlüssen, Preissteigerungen und Konkurrenzformen in der uns bevorstehenden Rezession erschüttert.

Oskar Lafontaine würde unsere Forderungen vielleicht als „unrealistisch“ kritisieren, aber was heißt das? Das, was Gestern „realistisch“ oder so-

gar bescheiden war, wird morgen „unrealistisch“ und extrem für die Unternehmer sein. Wie weit sollen wir dann unsere Ansprüche bescheiden? Blicken wir nochmal ins Parteibuch: „Bei vollem Lohnausgleich des Einkommens ist die Arbeitszeit fort-schreitend zu verkürzen, wie es die Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht.“ Und wenn unsere „Sozialpartner“ behaupten, daß ihre Wirtschaft sowas nicht mehr ermöglichen, sollen wir diese willkürliche Grenze respektieren, oder sie überschreiten?

Ein Prinzip des Übergangsprogramms ist es, die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse zu verteidigen. Weder soll die ganze Arbeiterklasse einbleiben, noch soll ein Teil viel für die Krise des Kapitalismus zahlen. Trotzki: „Wenn der Kapitalismus unfähig ist, die Forderungen zu erfüllen, die



1938 schrieb Trotzki das Übergangsprogramm. Es enthält konkrete Forderungen, zeigt die notwendigen Kampfmittel, um sie zu erreichen und die notwendigen Änderungen, um sie zu garantieren.

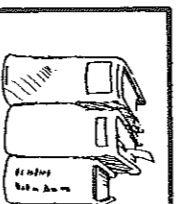
unvermeidbar aus dem Elend erwachen, das er selbst verursacht hat, so möge er untergehen.“

Perspektive: Sozialismus

Wie man heute die Methoden des Übergangsprogramms in die Praxis umsetzen kann, zeigt das Beispiel Liverpool. Tony Mulhearn, ehemaliger Vorsitzender der Liverpooler Labour Party, sagt dazu: „Marxisten nutzen den Stadtrat als eine Tribüne, um das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse zu heben. Es handelt sich nicht bloß um Propaganda, sondern auch um notwendige Maßnahmen, die im

Rahmen der Kommunalpolitik möglich sind. Im Gegensatz zu der Behauptung ihrer Gegner stellen die Marxisten keine „utopischer“ Forderungen mit dem Wissen auf, daß sie „unreichbar“ sind. Ob sie erreichbar sind oder nicht, hängt vom Kampf der Arbeiterklasse ab ... Die Reformisten verlangen sehr wenig von der Regierung und den Kapitalisten, und ihre Belohnung ist normalerweise weniger als nichts.“

Die Liverpooler Stadträte konnten das weitestgehende Reformprogramm Europas nur verwirklichen, weil sie die volle Kraft der Arbeiter durch Massendemonstrationen und Generalstreiks mobilisierten, und weil sie den Arbeitern die konkrete Perspektive eines Kampfes für den Sozialismus gaben: „Also während sie Reformen legal wie bescheiden – energisch durch-



Buchbesprechung



Eugen Eberle

Kampf um eine gerechte Welt

„Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.“
(Berthold Brecht)

Eugen Eberle ist einer dieser Stärksten. Am 1. September feiert er seinen 80. Geburtstag.

Seine politische Heimat war die KPD, in der er von 1928 bis zu ihrem Verbot 1956 Mitglied war. Nicht in allen Fragen folgte er der Parteiführung kritisch. Vor Hitlers Machtergreifung zweifelte er offen die Position an, daß Hitler schnell abwirtschaften würde und das Blatt sich zugunsten der KPD wenden würde. Nach dem 2. Weltkrieg kritisierte er, daß die Frage der Sozialisierung nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde und die KPD stattdessen die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Proklamante.

und Gewerkschaftler ausgeschaltet war, gab Eberle jedoch nicht auf, sondern wurde verstärkt politisch aktiv. Bereits 1947 war Eugen Eberle mit der höchsten Stimmenzahl aller KPD-Kandidaten in den Stuttgarter Gemeinderat gewählt worden. Nach dem Verbot der KPD kandidierte er mit linken Wahlbündnissen bis 1979 und starb bis zu seinem 76. Lebensjahr Stadtrat.

Noch heute besucht er trotz angeschlagener Gesundheit politische Veranstaltungen, u.a. auch die der Stuttgarter Jungsozialisten. Trotz aller Niederlagen, trotz Isolierung von seiner betrieblichen Basis, trotz Nachkriegsaufschwung hält Eberle an den Ideen des Marxismus fest. Er hat den Druck der bürgerlichen Gesellschaft standgehalten – ein Leben lang.

Im Nachwort zu seinem Buch schreibt er: „Für einen Marxisten, für einen Kenner des historischen und dialektischen Materialismus bleibt die Aufgabe, für eine neue, bessere und gerechte Welt zu kämpfen, für ihn gilt noch immer der Satz von Rosa Luxemburg: „Sozialismus statt Barbarei.“ Eugen Eberle ist ein offenes Buch, in dem die Lehren der Geschichte geschrieben stehen. Mit seinen Gedanken, seiner Willenskraft, seinem Optimismus, seiner Ausrichtung und seinem Humor ist er der lebendige Beweis für die Überlegenheit des Marxismus gegenüber allen Weltschmerzungen.

Eugen Eberle/Peter Grohmann: „Die schlaflosen Nächte des Eugen E.“, ed. co. edition corvethers. Zu beziehen über die Redaktion VORAN oder den Buchhandel. Preis: 26,80 DM.

In einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht VORAN ein Interview mit Eugen Eberle.



Australien Schülerstreiks gegen echte Bildungs politik

Die größte Jugendbewegung in der Geschichte Australiens bricht zur Zeit über die liberale Regierung im Bundesstaat Neusüdwales herab. Dort streikten im Juli 100.000 Schüler gegen die reaktionäre Bildungspolitik der Liberalen!

Der größte Hammer, den die liberale Regierung durchsetzen will, ist die Einführung einer dreijährigen Gefängnisstrafe für Schüler, die in der Schule fluchen (!). Aber das ist nur einer von vielen Angriffen auf das Bildungssystem. So sollen z.B. die Gelder für staatliche Schulen um 100.000 Dollar gekürzt werden, gleichzeitig aber die Ausgaben für Privatschulen um 25% erhöht werden. Hauptberufliche sind also Arbeiterkinder, die sich den Besuch von Privatschulen sowieso nicht leisten können.

Desweiteren sollen Entlassungen unter den Lehrern vorgenommen werden, sowie Mathe und Naturwissenschaften Pflichtfächer werden, um das A-Level (hier: Abitur) zu erreichen, ebenso soll das Gründen der Nationalflagge und das Singen der Hymne zur Pflicht für australische Schüler werden. Aber die Schüler reagierten auf diese Pläne prompt, und ihre Reaktion erschütterte die liberale Regierung bis in ihre Grundmauern.

Eine Schülergewerkschaft wurde unter marxistischer Führung gegründet. Diese rief die Schüler von Neu-

Die australische Jugend hat gezeigt, daß sie sich nicht alles gefallen läßt und sich gut zu wehren weiß. In ganz Australien weht jetzt ein neuer, radikalisiertes Wind, denn gleichzeitig finden im ganzen Land Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse statt. In Neusüdwales will die liberale Regierung auch noch Anti-Gewerk-

schaftsgesetze durchbringen. All das macht es notwendig, die Bewegung der Schüler mit der der Lehrer und anderen Schichten der Arbeiterklasse zu verbinden und gemeinsam zu kämpfen. Nur so ist die liberale Regierung in Neusüdwales zu besiegen. So sagte die Sekretärin der Schülergewerkschaft, Alex Malatestas, auch ein Mitglied der australischen Jungsozialisten, in einem Interview mit der marxistischen Zeitung „Socialist Echo“: „Um langfristig siegen zu können, müssen wir uns nicht nur mit den Lehrern und Universitäts-Studenten, sondern mit allen Arbeitern verbinden. Wir müssen unsere Eltern auf unserer Seite bekommen, nicht nur, damit sie unseren Kampf unterstützen, sondern damit sie mit uns kämpfen.“

Weil die Angriffe auf das Bildungssystem politische Angriffe auf die australische Arbeiterjugend sind und sich einreihen in die Angriffe auf die ganze Arbeiterklasse, wird die Schülergewerkschaft auch die Aktionen der Arbeiter gegen die Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte und Arbeitsplätze abbau unterstützen. Sie wird versuchen, eine Einheitfront von Schülern, Studenten und Arbeitern herzustellen, die siegreich aus dem Kampf hervorgehen kann und den Weg bahnt für den Sturz der liberalen Regierung in Neusüdwales und für die Erhaltung eines sozialistischen Programms in der Labor Party, die heute mit einer rechten Politik Australien regiert.

Sascha Stanicic, Vorsitzender der Juso-AG Aachen-Haaren



Ein überwältigender Erfolg wurde der Streik-Aufruf der neu gegründeten Schülergewerkschaft in Neusüdwales. Jetzt kommt es darauf an, die Kämpfe der Schüler mit denen der Arbeiter zu verbinden.

Israel Freiheit für Machmond Masawri

Die Aufstände und Generalstreiks in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten dauern an. Die israelischen Sicherheitskräfte antworten mit Massenverhaftungen. Einer der Verhafteten ist Machmond Masawri, Mitglied des Gewerkschaftsbundes Histadrut. Er führte vor zwei Monaten einen Streik der (jüdischen) Arbeiter in der Betonfabrik Isra Biton bei Tel Aviv. Seine ganze Arbeit ist erfüllt von dem Streben, durch gemeinsamen Kampf der jüdischen und arabischen Arbeiter das System der Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen. Hier ein Augenzeugenbericht:

Am Sonntag, dem 17. Juli, um 2 Uhr nachts, wurde Machmond Masawri im Dorf Baga, Israel, von Mitgliedern des „Shin Beth“ (israelische Sicherheitspolizei), begleitet von Zivilpolizisten und paramilitärischen Grenzbeamten, aus seinem Bett gezerrt und verhaftet. Die Polizei weigerte sich auch in den darauffolgenden Tagen, Einzelheiten über die Gründe seiner Verhaftung oder Anklagepunkte bekanntzugeben. Auf Anordnung der Führung des Shin Beth war während des Verhörs kein Rechtsanwalt zugelassen. Nach sieben Tagen Verhör fand seine Familie zufällig heraus, wo er gefangenhalten wurde.

Dies ist ein typisches Beispiel für die Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Staatsapparates in dem Versuch, die großartige Intifada (Palästinenser-Aufstand) niederzuschlagen. Die Intifada ist im Moment nicht mehr auf dem gleichen intensiven Niveau wie in den Monaten Dezember und Januar. Nach der Verhaftung von etwa 10.000 Aktivisten hat es Rückschläge gegeben. In einigen Gebieten wurde die gesamte Führung der Bewegung verhaftet, so daß in den Palästinensercamps dort kaum noch Jugendliche im Alter von 18-25 Jahren zu finden sind. Im Augenblick befindet sich die Bewegung in einer Phase der Auswertung und der Neuorientierung für die nächste Runde des Kampfes.

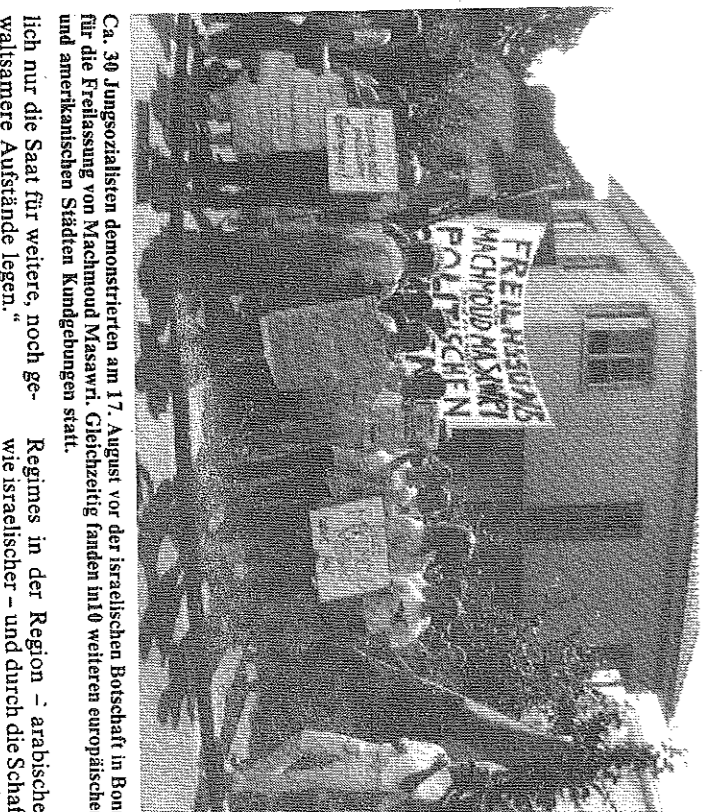
Die allgemeine Stimmung zeigt sich auch darin, daß selbst die Behörden die neu-errichteten Gefangenen-Lager „Universitäten der Revolution“ nennen. Minister des israelischen Kabinetts sprechen von Verhandlungen „mit verantwortlichen palästinensischen Kräften“, wie sie es nennen, um in den besetzten Gebieten wieder „normale Beziehungen“ herzustellen. Mit anderen Worten: Sie wollen eine Schicht von Kollaborateuren heranziehen, die in Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung die Bewegung abtampfen sollen.

Pässe wurden neu ausgeteilt, und jede Person über 16 Jahren muß sie

nachdem sie mit Steinen beworfen wurde. Knüttelschwingend stürmten die Arbeiter das Gebäude und warfen die gläsernen Türen mit Metallplatten ein. Dabei riefen sie: „Das ist die jüdische Intifada!“ Bezeichnenderweise benutzen sie das arabische Wort, nicht die hebräische Übersetzung.

Die Heuchelei der israelischen herrschenden Klasse, Opferbereitschaft zu predigen und gleichzeitig enorme Vergünstigungen an leitende Beamte zu geben, hat ihren Eindruck auf die Arbeiter nicht verfehlt. Kürzlich wurde die Zahlung von über 144 Mio. DM an 23 Manager der Leumi Bank nur nach Intervention der Regierung zurückgezogen.

Marxisten unterstützen das Recht der Palästinenser auf ein eigenes Heimatgebiet und nehmen an allen Kämpfen für solche demokratischen Rechte teil. Diese Rechte können nur durch den Bruch mit dem Imperialismus, Sturz der kapitalistisch-feudalen



Ca. 30 Jungsozialisten demonstrierten am 17. August vor der israelischen Botschaft in Bonn für die Freilassung von Machmond Masawri. Gleichzeitig fanden in 10 weiteren europäischen und amerikanischen Städten Kundgebungen statt.

Regimes in der Region - arabischer wie israelischer - und durch die Schaffung einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens gesichert werden. In der kommenden Periode besteht die Aufgabe darin, eine Führung aufzubauen, die diese Aufgaben bewußt angeht.

Machmond Masawri hat sich in kollektiven Kämpfen für seine Kollaborateure protestiert. Die Polizei

gen - jüdische wie arabische - eingesetzt und betrachtet sein Engagement für die nationale Befreiung der Palästinenser als eng verknüpft mit dem Kampf für eine sozialistische Umgestaltung der Region.

P.S.: Am Dienstag, dem 2. August, fand der erste Gerichtstermin statt. Die israelischen Sicherheitsbehörden erwirkten zweimal einen Beschluß, der

Großbritannien

Jusos sind nicht Kleinzukrieger!

In einer Zeit, wo die konservative Thatcher-Regierung die Jugendlichen zu Sklavensarbeit zwingt (über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm - YTS - bei dem Jugendliche miese Jobs annehmen müssen, gegen ein geringes Entgelt), wo durch die Steuererhöhung die reichsten 3% der Bevölkerung 2 Mrd. Pfund einsparen und gleichzeitig die Sozialausgaben um 1 Mrd. Pfund gekürzt werden, wo bis 1990 im ganzen Land eine „Kopfsteuer“ eingeführt werden soll, die nicht nach dem Einkommen differenziert wird, sondern wo jeder, ob reich oder arm, die gleiche Summe zu zahlen hat - In dieser Zeit hat die oppositionelle Labour-Party-Führung nichts besseres zu tun, als ihre eigene Jugendorganisation anzugreifen!

Die Zeitung der Labour Party Young Socialists (L.P.Y.S.) wurde eingestellt, die Konferenz der L.P.Y.S. auf unbestimmte Zeit verschoben, gegen einzelne Genossen werden Ausschlussverfahren angestrengt, die Altersgrenze der L.P.Y.S. wurde auf 21 Jahre herabgesetzt. Der Grund: Man will alles tun, um „der Militant keine Plattform mehr zur Verbreitung ihrer Ideen zu geben“. Diese für die Parteiführung so gefährliche Militant ist eine marxistische Wochenzeitung, die durch langjährige Arbeit, klare politische Ideen Unterstützung von mindestens 85% der Juso-Mitglieder hat. Die rechten „Realisten“ haben die politische Auseinandersetzung verloren, jetzt versuchen sie, mit organisatorischen Methoden die Mehrheit zum Schweigen zu bringen.

„Scharf und radikal“
Auch hat die erwungene „Verjüngung“ der L.P.Y.S. durchaus den positiven Nebeneffekt gezeigt, daß sehr junge Genossen politische Verantwortung übernehmen: So ist jetzt das jüngste Mitglied des nationalen YS-Vorstandes 16 Jahre jung.
Die Parteiführung sieht, daß sie mit organisatorischen Maßnahmen ihr Ziel, den Einfluß der Marxisten in den britischen Jusos zu unterdrücken, nicht erreicht. Man muß sich also noch was anderes einfallen lassen. So kam der Jugend-Ausschuß der Labour-Party zu dem Ergebnis: „Die L.P.Y.S. muß dringend ein klares und attraktives Papier herausbringen über unsere Jugendpolitik, und das muß scharf und radikal sein.“
Wie sollte ein solches Programm aussehen? Es müßte einen garantierten Arbeitsplatz für jeden fordern, einen Mindestlohn, von dem man wirklich leben kann und ein Ende der Sklavensarbeitsprogramme des Youth Training Schemes. Und das ist genau das Programm, das die marxistischen Jusos Großbritanniens jetzt haben.
John Hird, London

jedliche Publizität oder Information über diesen Fall sowie Rechtsbeistand unterbindet. Inzwischen liegen auch Informationen darüber vor, daß Machmond in der Haft mißhandelt wurde.“

Schreibt Protestbriefe an die israelische Botschaft! Fordert, daß Machmond sofort seinen Anwalt sehen kann! Fordert seine bedingungslose Freilassung und die aller anderen politischen Gefangenen. Schreibt an:
Israelische Botschaft
Simrockallee 2
5300 Bonn 2

Schulabgänger

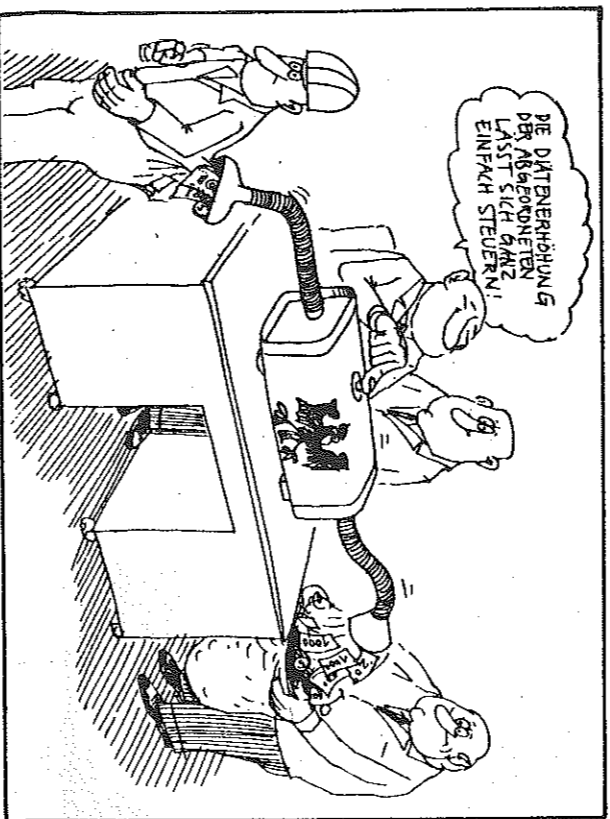
Kürzt die Diäten - nicht unser Arbeitslosengeld

Wieder mal wollen die „Obere“ uns das Arbeitslosengeld für Jugendliche unter 25 Jahren kürzen! Die Höchstanspruchs-dauer für Arbeitslose unter 20 Jahren soll auf sechs Monate, die für 20 — 25-jährige Arbeitslose auf neun Monate gekürzt werden. Allein das soll über 100 Millionen DM einbringen.

Was sie wohl mit diesem Geld anfangen wollen? Es für noch mehr Rüstung wie Jäger 90 oder noch höhere Diäten ausgeben? Dazu werden sicher wenige Abgeordnete „Nein“ sagen. Man sollte jedoch ihre Diäten streichen, und nicht den Schulabgängern ihr bisschen Arbeitslosengeld! Dies reicht nämlich hinten und vorne nicht.

Zuhause geht man sich sowieso gegenseitig auf den Keks, da viele Familien bei der heutigen Arbeitslosigkeit kaum noch über die Runden kommen. Oft hört man noch den albekannten Leierspruch: „Ihr wollt ja gar nicht arbeiten! Arbeit gibt es ja in Hülle und

Fülle. Man muß nur auf die Straße gehen.“ Aber wo gibt es denn Arbeit? Allein in NRW gibt es 735.000 Arbeitslose bei 43.000 offenen Stellen. Also ca. 17 Arbeitslose auf eine freie Stelle. Wenn einer davon einen Platz erhält, was machen dann die restlichen



Klimakatastrophe weltweit Der „Profit“-Effekt

In der Hälfte der US-Staaten herrscht seit Monaten eine verheerende Dürre. Im mittleren Westen trocknen Felder und Obstplantagen aus. Die halbe Weizenenergie der USA ist vertrocknet und tausende Rinder mußten geschlachtet werden. Eine Dürre herrscht dieses Jahr nicht nur in den USA, sondern auch in Australien.

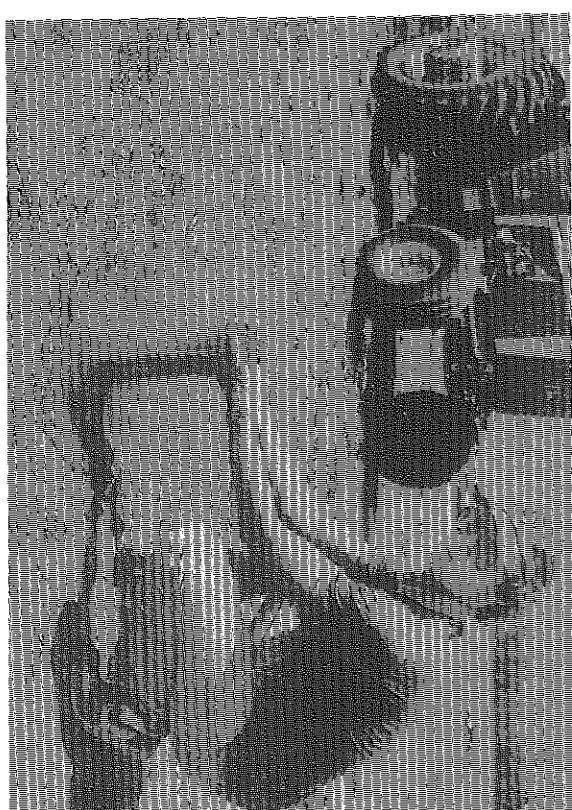
Die Dürren finden nach Kaltekkorden 1983 in Nordamerika und im Winter 84/85 in Europa statt. Wissenschaftler warnen seit langem, daß Eingriffe in die Natur sich mit einem Aufheizen der Atmosphäre und Klimaveränderungen rächen. Folge dessen wäre eine Ausdehnung der Wüsten, das Verstärken des nordamerikanischen Getreideürtels und das Abtauen der Eismassen an den Polen und damit ein Überfluten der Küstengebieten.

Kohlendioxid

Ein höherer Kohlendioxidgehalt in der Luft bewirkt, daß sich die Erdatmosphäre aufheizt. Im Straßenverkehr und bei der Energieversorgung verbrennen Gas und Öl und erzeugen dabei Kohlendioxid (CO₂). Nötig ist deshalb, die Verbrennung von Gas und Öl zu drosseln und durch alternative Energien zu ersetzen.

Die von den Menschen verursachte Kohlendioxidproduktion könnte halbiert werden. Doch die Industrie hat in der Bundesrepublik eine Verkehrspolitik durchgesetzt, die der Umwelt schadet. Lastwagen, die der Umwelt schaden, die Preise im öffentlichen Verkehr sind hoch, weder Tempolimit noch Katalysatorpflicht sind durchgesetzt.

Auf der Jagd nach Profiten setzen auch die Energieversorgungsunternehmen mehr Kohlendioxid frei als nötig. Viele Kraftwerke entsprechen nicht dem Stand der Technik, und Heizkraftwerke, die die Energie besser nutzen, gibt es kaum.



Nur noch Staub ist die fruchtbarere Erde hier in North-Dakota. Aber nicht nur hier: In den USA

16? Kickern oder Ringelputz mit An-fassen. Sie werden sicher irgendwam als Langzeitarbeitslose und somit als „Faulepate“ aus der Statistik gestrichen. Im „High Tech“-Zeitalter kann man solche Schlimmlinge, die hinterher keine Ausbildung haben — wohnt auch, es ist ja keine Arbeit für sie da — nicht gebrauchen.

Was wollen die in Bonn damit eigentlich erreichen: Daß sich noch mehr Jugendliche den „goldenen Schutz“ reinziehen oder vom Dach springen? Wie eng soll diese Frustrationstheorie noch werden? Schon heute sehen viele keine Zukunft mehr! Sie fragen sich schon in der Schule: „Weshalb das ganze sinnlose Abgerackere, wenn hinterher nur noch eine bestimmte „Ehrentruppe“ Arbeit erhält?

Mädchen mucken auf: NEIN ZUM Pflichtjahr!

Die CDU/FDP hat sich eine neue Unverschämtheit einfallen lassen: Das „soziale Pflichtjahr“ für Mädchen bringe mehr Gleichbehandlung. Außerdem könne so der Pflegenotstand in den Krankenhäusern behoben werden.

Raffiniert ausgedacht, ihr Herren von der CDU/FDP - aber so dümm sind wir nicht, daß wir auf Euch reinfallen! Grund für den Pflegenotstand in den Krankenhäusern sind die katastrophalen Arbeitsbedingungen. Heben und Tragen ist oft Schwerstarbeit, hinzu kommen Nacht- und Schichtarbeit und durch Sparmaßnahmen immer mehr Streik. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft berichtet: „Die Mehrheit der Beschäftigten im Kran-

auch in großem Maßstab beim Aufschäumen von Kunststoff und als Kühlluftigkeit in Kühlschränken benutzt. Dagegen wurde noch nichts unternommen.

Das Profitinteresse der Kapitalisten steht einem wirksamen Umweltschutz entgegen. Erpressungsversuche mit dem Argument Arbeitsplätze sind an dieser Tagesordnung, wenn Umweltschutzmaßnahmen verschärft werden sollen. Die Unternehmer schauen bei ihrem Streben nach Profit nicht über den Tag hinaus. Die Atomindustrie, die mit jedem Kernkraftwerk Millionen Gewinn macht, nutzt die Klimakatastrophe als Argument für neue AKWs. Radioaktive Strahlung, ein Restrisiko durch große atomare Unfälle und ein Aufheizen der Flüsse müßten in Kauf genommen werden. Wir müssen jedoch fördern, daß ein Krebsgeschwür nicht durch ein anderes ersetzt wird, d.h. Umweltschutz muß sich nach dem Stand der Technik richten und die Produktion muß demokratisch geplant und kontrolliert werden.

Karin Hartmann, Aachen
Jungsozialistin

Außerdem sieht das normale Leben schon ziemlich dürftig aus. Das Geld reicht oft gerade zum Überleben, spricht Wohnung, Kleidung und Essen. Vom kulturellen Leben ganz zu schweigen - denn in unserer Gesellschaft ist man oft ohne Moos der letzte Dreck, der in der Gasse zertreten wird.

Das große Geld regiert die Welt

Dieses wird ja in diesem System bewußt von klein auf gefördert. „Ich, meiner, mir mich ...“ Hauptsache Asche haben, denn das große Geld regiert die Welt, egal wie man es verdient, ob durch Drogen oder Waffenschmuggel! „High life“ in allen Gassen! - Anders dagegen bei Schulab-

kenpflegedienst arbeitet nicht selten bis zu zwölf Tagen in ununterbrochener Folge, jeder Vierte wird häufiger zu außerdienstplanmäßigen Vertretungsschichten herangezogen, und nur wenige kommen im Durchschnitt mehr als zweimal monatlich in den Genuß eines arbeitsfreien Wochenendes. Der Berufsverband für Krankenpflege wies daraufhin, daß die Pflegekräfte für die Hälfte des Geldes doppelt so viel arbeiten müssen wie das Krankenhauspersonal in Schweden oder Holland. Viele Krankenschwestern sind nach vier bis fünf Jahren so kaputt, daß sie ihren Beruf aufgeben müssen.

Ebenso katastrophal ist die Bezahlung. Erst vor ein paar Jahren wurde die Ausbildungsvergütung drastisch gekürzt. Schon immer wurden in den sozialen Berufen die Löhne von Frauen mit dem Argument der Nächstenliebe nach unten gedrückt. Jetzt sollen Mädchen sogar fast umsonst schulten, um den Pflegenotstand zu beheben. Wie edel!

Gleichberechtigung?

Ein soziales Pflichtjahr (also Arbeiten für mickrige 300 DM) dient der Gleichberechtigung? Das ist wirklich Hohn. Wie wäre es stattdessen mit einer Lehrstelle für die 150.000 Mädchen, die im Jahr ohne Ausbildung bleiben? Wie wäre es endlich mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit? Was ist mit der Zeit, in der Frauen schwanger sind oder ihr Kind versorgen müssen? Da gibt es viel zu wenig Kindergärten und kaum Kinderkrippen.

Ein Viertel aller alleinstehenden Mütter lebt von Sozialhilfe. Nach langjährigen Bemühungen im

Leserbrief:

Gemeinsame Aktionen der DPG-Jugend und der Jungsozialisten in Nürnberg

Wir möchten Euch über die gemeinsamen Aktionen von DPG-Jugend und Jusos Nürnberg/Maxfeld informieren, die wir gegen die Zerschlagung der Deutschen Bundespost durchgeführt haben.

Die Jusos Nürnberg/Maxfeld haben Interesse an der Arbeit der DPG-Jugend gezeigt und sind an uns herangetreten. Davon waren wir natürlich begeistert, da es aus unserer Sicht sehr wichtig ist, gegen die Zerschlagung der Deutschen Bundespost auch Unterstützung von politischer Seite zu erhalten. Nachdem wir uns gegenseitig über unsere Standpunkte, Herangehensweise und Handlungsmöglichkeiten informiert hatten, begannen unsere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Am 10. Juni 1988 veranstalteten wir einen gemeinsamen Info-Abend im Kulturladen Nürnberg mit dem Thema „Nein zur Unternehmerroute - Ja zur Post der Kleinen Leute“.

gängen und Sozialhilfempfängern, die ja laut Lambsdorff hier wie Gott in Frankreich leben. Dabei hat sich der Sozialhilfeszatz seit 20 Jahren (!!) nicht großartig geändert. Um an interessanten Veranstaltungen teilnehmen zu können, muß man schon derbe knapsen.

Disco, Fußball und die Stammkreipe kosten schon einige Marker. Und zu Hause rumhängen bringt ja wohl auch nichts. Daß dabei Frust, Langeweile und Aggressionen aufkommen, ist ja wohl ganz zwangsläufig der Fall. Schuldige haben die „Obere“ auch schon gefunden: „Die Anständer nehmen uns allen die Arbeit weg.“ Wenn sie alle auf einmal gingen, was herrschte dann für ein Chaos? Und vor allem: Nicht sie nehmen uns die Arbeit weg, sondern die Unternehmer, die lieber mit Spekulationen die schnelle Mark machen als in Arbeitsplätze zu investieren.

Wir sollten Umdenken und schon heute Nulltarif für Bus und Bahn und kostenlosen Eintritt für Freibad, Kino, Sport- und Musikveranstaltungen fordern. Vor allem müssen wir aber dafür kämpfen, daß es gar keine arbeitslosen Schulabgänger mehr gibt, sondern einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden!

Gerhard Birchingen, Aachen
Jungsozialist

Arbeitsleben erhalten Frauen eine wesentlich geringere Rente: Im Durchschnitt 815 DM, während Männer 1636 DM erreichen. Das alles und die ungezählten Beispiele, wie Frauen doppelt ausgebeutet werden, interessiert die CDU/FDP nicht.

Sie interessiert nur eins: Wie sie die Kosten der Krise auf die Arbeiterklasse abwälzen können. Diesmal sind die Mädchen dran. Die Arbeitslosenstratik sieht dann ja sicher viel schöner aus, es müssen keine ausgebildeten Krankenschwestern eingestellt und bezahlt werden, und das Ganze wird als Gleichberechtigung verkauft!

Aber mit uns nicht, da habt Ihr Euch verrechnet!
Maria Kümmel, Jungsozialistin
Aachen-Burtscheid



Umsonst schulten, um den „Pflegenotstand“ zu beheben?

eine Informationsveranstaltung mit einem Postgewerkschafter aus Großbritannien. Dieser zeigte uns, aufgrund seiner Erfahrungen, die er mit der Zerschlagung des Postwesens in England hat, weitere Handlungsmöglichkeiten auf. Die Veranstaltung stieß auf so großes Interesse, daß wir uns überlegen, den Kontakt nach England weiter auszubauen und z.B. eine Delegation der DPG nach England zu entsenden.

Die Zusammenarbeit zwischen der DPG-Jugend Nürnberg und den Jusos hat gezeigt, daß man gemeinsam mehr erreichen kann. Diese Zusammenarbeit werden wir auch weiterhin aufrecht erhalten. Dieser Leserbrief soll auch eine Aufforderung an alle sein, die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf weiterhin für den Erhalt der Post zu führen.

Hans-Joachim Koller
Deutsche Postgewerkschaft

Prager Frühling 1968:

Panzer retten die Bü...

In der Nacht zum 21. August 1968 drangen sowjetische Militärs mit Panzern und Flugzeugen in das „sozialistische Bruderland“ CSSR ein. Unterstützt von Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten DDR, Ungarn, Polen und Bulgarien besetzten sie alle Flughäfen und größeren Städte, entmachteten die Regierung samt kommunistischer Parteispitze, setzten gefügigere Organe an deren Stellen und unterdrückten jeglichen Widerstand.

Heute - 20 Jahre nach dem Drama - versucht ein anderer Parteichef, allerdings nicht in Prag, sondern in Moskau, einen politischen Frühling herbeizureiten. In Prag war 1968 von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ die Rede - Gorbatschow in Moskau nennt es 1988 „Perestroika“ (wirtschaftliche Umgestaltung) und „Glasnost“ (demokratische Durchsichtigkeit). Hat er größere Erfolgsaussichten als Dubcek, der Prager Reformier? Anders gefragt: Warum scheiterte Dubcek überhaupt? Hatte er vor, als „konterrevolutionärer imperialistischer Agent“ den Kapitalismus wiederanzuführen, wie Drahtzieher und Komplizen des Einmarsches behaupteten? Oder meinte er es ernst mit dem demokratischen Sozialismus, von dem er ständig sprach? Sind die bürokratischen Staatsapparate in Osteuropa in der Lage, sich selbst wegzureformieren? Welcher Natur waren die Ereignisse von 1967/68 in der CSSR? Nur wer auf diese Fragen die richtigen Antworten findet, hat eine Chance, die Perspektiven für die Zukunft zu verstehen.

Wirtschaftliche Probleme

Überwacht von der Roten Armee entstand in der CSSR zwischen 1945 und 1948 eine Gesellschaft, die ein genaues Abbild der stalinistischen Sowjetunion war. Allerdings entstanden schon von Anfang an ernsthaft ökonomische Schwierigkeiten. Die bürokratischen Wirtschaftspläne, erstellt ohne die Verbesserungsvorschläge richtiger Arbeiterräte, legten dem Aufbau der Industrie mehr Fesseln an, als daß sie ihn vorwärtstrieben. Ohne die frische Atmosphäre der Kritikfreiheit erreichten sie nur relativ kümmerliche Wachstumsraten.



Dieser Prager Jugendliche demonstriert auf seine Weise für Dubcek und seine Ideen.

Im Oktober 1967 machten viele Prager Studenten ihrer Unzufriedenheit über die wirtschaftliche und politische Lage in einer Demonstration Luft. Unmittelbarer Anlaß war ein Stromausfall, der sie im Dunkeln sitzen ließ und an wichtigen Prüfungsvorbereitungen hinderte. Die Polizei ging mit großer Brutalität gegen die Studenten vor, aber eben diese Brutalität brachte die Bevölkerung auf die Seite der Jugend.

Auch unter den slowakischen Volksgruppen war schon seit Jahren die Mißstimmung stark angewachsen, weil in der Slowakei relativ mehr Steuern kassiert, aber weniger Ausgaben und Investitionen getätigt wurden als in der Rest-Tschechei (Böhmen und Mähren).

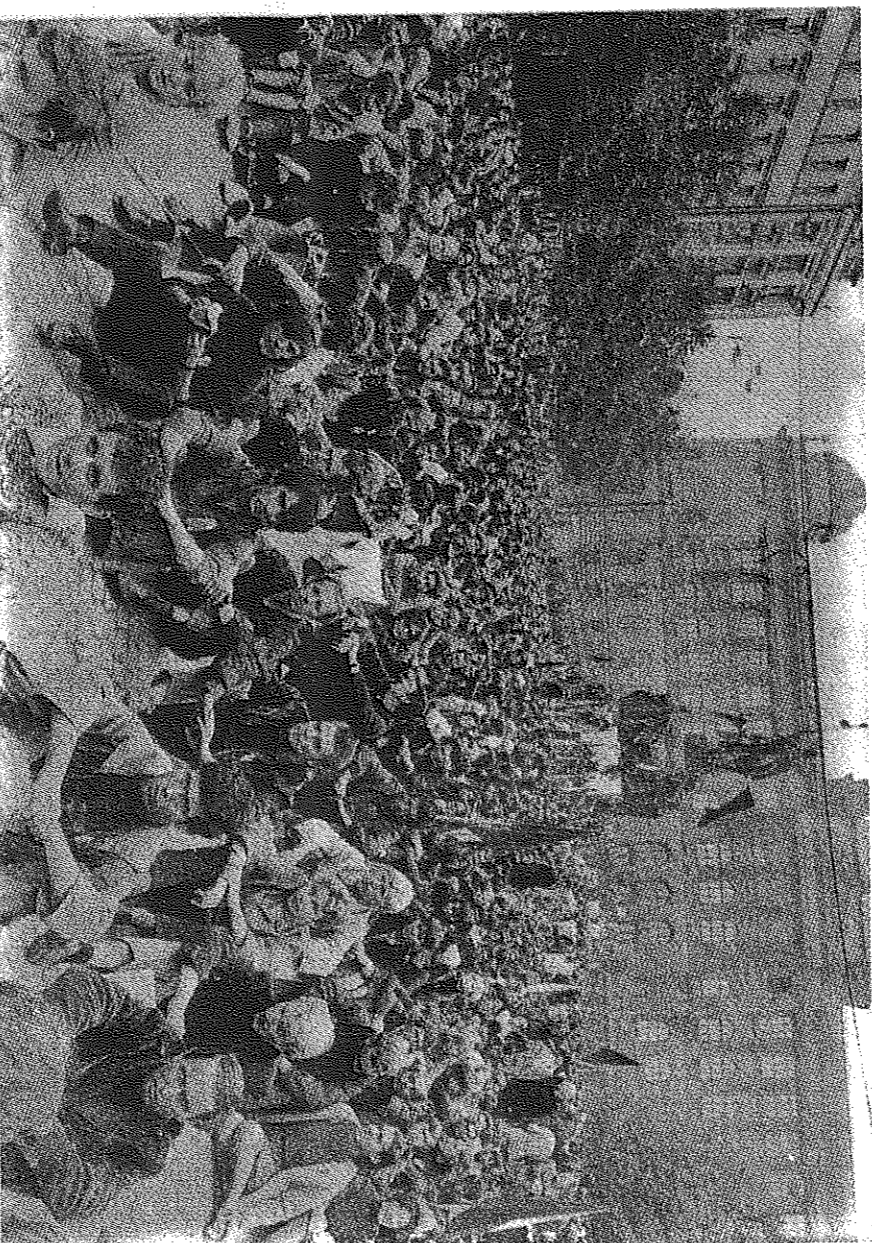
Zwei Flügel bilden sich

Die Kritik am KP-Chef und Staatspräsidenten Novotný, einem eingefleischten Stalinisten, wuchs. Alles in allem staute sich ein enormer Druck

slowakischen Teil-KP, ist zu diesem Zeitpunkt international noch wenig bekannt, aber in der Slowakei ziemlich beliebt. Er sollte zur Symbolfigur der folgenden Entwicklung werden. Vorläufig kündigt er nur eine begrenzte Liberalisierung an.

Weil im Rahmen der „Mobilisierung“ anfänglich begrenzte Medienfreiheit gewährt werden muß, um die alteingesessene Betonfraktion zu kritisieren und zu schwächen, witten die Massen Mordegenüß. Jahrzehntelang waren sie brutal unterdrückt worden. Und nun plötzlich freier Meinungsstreit und offene Kritik, sogar in den offiziellen Zeitungen, im Fernsehen und Rundfunk? Das ließ aufhorchen!

Doch der starsinnige konservative Flügel innerhalb des Staats- und Partei-



Am Tag nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen fand in der CSSR ein Generalstreik statt. Viele Arbeiter in Prag versammelten sich auf dem Wenzelsplatz.

gel herangebildet: „liberale Technokraten“ einerseits, „konservative Erz-Stalinisten“ andererseits, dazwischen natürlich jede Menge schwankender Elemente.

Die Konservativen waren nicht wild, am alten System viel zu ändern, oder größere Zugeständnisse zu machen. Sie mühten sich, die wirtschaftliche Krise durch Ausharren durchzustehen und neues Wachstum durch größere Repression anzustacheln. Die Technokraten hingegen schlugen Wirtschaftsreformen vor. Sie wollten die von Prag ausgeübten Kontrollen dezentralisieren und „mehr Markt als Plan“ (aber das Staatszentrum behalten). Am wichtigsten: Die einzelnen Fabriken und Unternehmungen - vor allem deren leitende Direktoren und Managere, weniger die Arbeiter und Angestellten - sollten größeren Spielraum erhalten, um eigene Entscheidungen über Preise, Löhne, Investitionen und Pläne zu fällen, natürlich mit der Aussicht auf dicke Prämien und fettere Privilegien im Erfolgsfall. Außerdem repräsentierten die Reformier denjenigen Teil der Bürokratie, der sich der direkten Kontrolle durch Moskau entziehen und die Abhängigkeit von ihren stalinistischen Über-Herren lockern wollten, um mehr Macht im „eigenen“ Lande zu gewinnen.

Die Reformier setzen sich durch

Im Dezember 1967 gewannen die Technokraten im Zentralkomitee die Oberhand. Sie brachten eine zusammengewürfelte Mehrheit aus reformwilligen Wirtschaftsfachleuten, unzufriedenen Intellektuellen und empörten Slowaken hinter sich. Ein gewisser Alexander Dubcek, ein Slowake, vorher Chef der

sehen. Ab Mitte März sind die meisten Zeitungen bereits morgens um 7.30 Uhr ausverkauft, obwohl sie ihre Auflagen seit Januar beträchtlich erhöht haben. Auf Straßen und öffentlichen Plätzen, in Betrieben und Universitäten kommt es zu Diskussionsgruppen und Massensammlungen. Die Bergleute von Klado und die Metallarbeiter der CKD-Maschinenfabrik starten Aktionen. All dies wird vom Fernsehen gesendet, was die Stimmung weiter anheizt.

Die Reformier bremsen vergeblich

Nach seinem Rücktritt als Staatspräsident wird Novotný durch den „Liberalen“ Srobona ersetzt. Vom Kremel aus

waren die Entwicklungen in der CSSR mit zunehmender Sorge beobachtet worden. Hatte Dubcek die Dinge noch in der Hand? Dubcek wird im Verlauf des Frühjahrs mehrmals ernannt, überwacht und unter Druck gesetzt: in Telefongesprächen mit Breschnew, durch Briefe, durch Besuche des Sowjetbotschafters, auf gemeinsamen Konferenzen. Dubcek pariert. Am 11. April warnt er in einer Rundfunksprache vor „übertriebenen Ansprüchen und Erwartungen“. Er wirft den Journalisten vor, mit der neuen Pressefreiheit „unverantwortlich“ umzugehen, „über-eilte Schuldforderungen“ zu verbreiten und „falsche Forderungen“ zu stellen. Er verlangt Zurückhaltung.

Doch die Bremsen greifen nicht mehr. Die Lawine, die in Gang gekommen war, stürzt unaufhaltsam zu Tal. Forderungen nach Lohn erhöhungen

werden laut. Gehaltskürzungen/Funktionäre werden verlangt. Ab-bung ihrer Privilegien. Ja, sogar Abschaffung der Posten der Fabrik-toren ist in der Diskussion. War der Rücktritt des konservativen S-präsidenten Novotný das Ziel, se-jetzt nach Beseitigung dieses Staates überhaupt gerufen.

In Klado Pravo, der kommunistische Tageszeitung, beginnt eine De-batte über Struktur und Funktion ne-büldender Arbeiterräte in den Fab-riken. In manchen Betrieben werden Räte schon gebildet, ohne daß die Arbeiter erst abgewartet hätten, bis entsprechende Gesetz verabschie-det wird. Eine politische Revolution gegen Bürokratie reift heran.

Mit Schrecken registieren Machthaber in den Nachbarstaaten außer Rand und Band geratenen Vorgänge könnten ansteckend wirken. „eigenen“ Arbeiterklassen wickeln sie dazu anspornen, ebenfalls die der politischen Revolution einzuzugreifen.

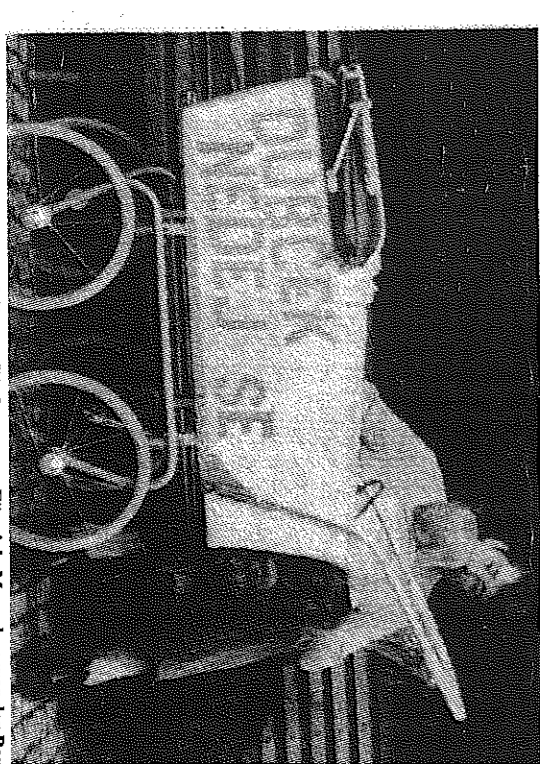
Im Juni lassen sie auf tschechische Boden Warschauer-Pak-tigen aus fünf Ländern, „überrückgeheert“ wird dadurch versta-rkt. Die Truppen nach Ende der Üb-ung. 2. Juli nicht abgezogen werden. Juli unterschreiben die KPs Bul-Ungarns, der DDR, Polens u Sowjetunion den „Warschauer Der Brief droht der CSSR mit I-fen, falls die tschechische Füh- Situation nicht meistert.

Am 3. August findet eine Gip-ferez in Bratislava statt, an de-ferenz teilnimmt. Die CSSR-Füh-er zepiziert ein Ultimatum: Alle f-Truppen werden abgezogen. Prag die öffentliche Kritik ge- und antisolawische Gruppen drückt würden. Die Truppen zie-sächlich ab ...

Am 19. August erhält Dubcek Brief des Politbüros der KPdR ihm vorwirft, die „Vereinbarun-Bratislava nicht eingehalten zu-ten vor, mit der neuen Pressefrei-chen Restauration? Barga den tralisierungsmaßnahmen des Frühlings wirklich das Risiko des eigentum und Produktionsplana abzuschaffen?

Die Antwort fällt leicht. Dubcek die Absicht, andere

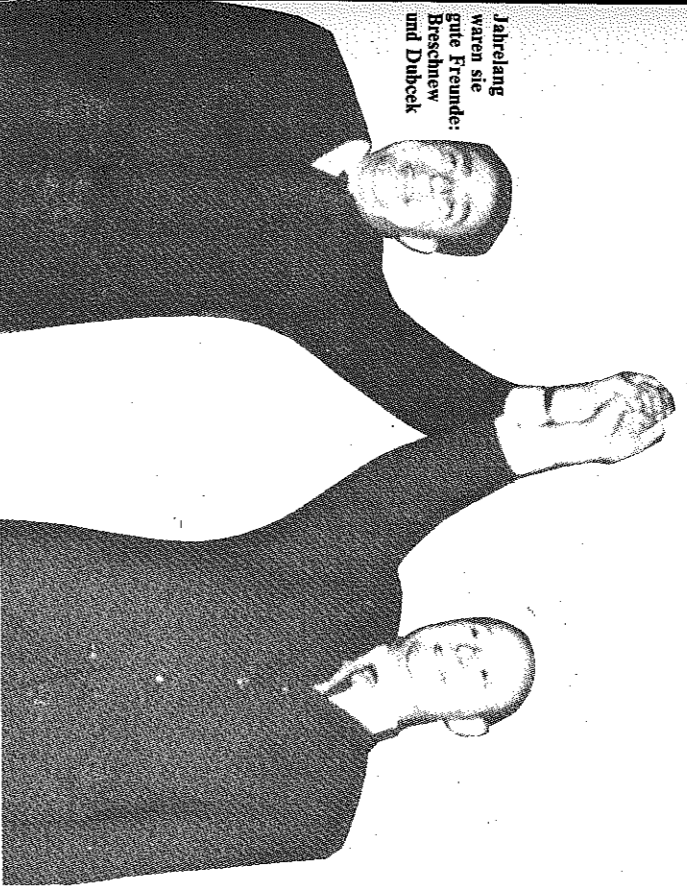
Kapitalistische Restauration
Bestand in der CSSR 1966 mehr als 20 Jahren „Sozialismus“ sächlich die Gefahr einer Kapital-chen Restauration? Barga den tralisierungsmaßnahmen des Frühlings wirklich das Risiko des eigentum und Produktionsplana abzuschaffen?



Dubcek, halte aus“, steht auf diesem Kinderwagen. Für viele Menschen war der Panzer-Symbol ihrer Hoffnungen geworden.

OKRATIE

Jahrelang waren sie gute Freunde: Breschnew und Dubcek



zuzulassen und damit die Ein-Parteien-Diktatur der KP zu gefährden. Seine wirtschaftlichen Maßnahmen hatten sogar ein gewisses Vorbild aus Moskau. In der UdSSR selbst war unter Chruschtschow Mitte der 50er Jahre bis Anfang der 60er Jahre eine weitreichende Dezentralisierung der Wirtschaft eingeleitet worden, um Mängel und Engpässe zu beheben. Sie schlug fehl, weil diese rabiate Kur schlimmer war, als das Übel, das sie heilen sollte: Die zentrale staatliche Planung wurde dadurch nicht abgeschafft, aber untergraben und geschwächt. Statt einer effektiveren entstanden in den einzelnen Republiken 13 regionale, ebenso erfolglose Planungsbehörden.

Moskaus Reaktion auf diese Sackgasse: eine fast pankartartige Rückzentralisierung und die Einführung der Todesstrafe für "Korruption".

Zweifellos hatten die KP-Technokraten in der CSSR ursprünglich nichts anderes im Sinn als ihre Moskauer Leitbilder. So wenig wie Dubcek wollten die tschechischen und slowakischen Arbeiter die 1948 verstaatlichten Fabriken wieder den alten Besitzern zurückgeben, die doch im Krieg größtenteils mit den Nazis zusammengearbeitet hatten. Als im September (also nach dem Einmarsch) westliche Medien eine Umfrage durchführten, mußten sie verblüfft feststellen, daß 95% der Befragten das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln und die Planung der Wirtschaft gutliebten.

In der freien Atmosphäre des Prager Frühlings erblühten natürlich alle möglichen sozialistischen Ideen und reiften politische Tendenzen, die der künftigen Entwicklung einer Arbeiterdemokratie nur gutgetan hätten. Als die Panzerrollen, waren z.B. bereits die Druckplatten von Trozki's „Verräterer Revolution“ in die Presse gespannt. Eine sozialistische Arbeiterdemokratie hätte selbstverständlich mit der Entmachtung der Bürokratie und der Bildung von Räten allen Tendenzen, Gruppen und Parteien freie Betätigung gewährt, die das Staats Eigentum an den hauptsächlichsten Produktionsmitteln und das Prinzip einer demokratisch geplanten Wirtschaft nicht mit Waffengewalt beistützen wollten.

War Dubcek, der Reformator, der „demokratische Sozialist“? Hätten er und seine Fraktion die Hoffnungen der tschechischen Arbeiter nach mehr Demokratie erfüllt? Dubcek und seine Gruppe hatten keine Gelegenheit, dies ergründig zu beweisen. Aber eines ist sicher: Sie alle waren langjährige Funktionäre der KP, besaßen riesige materielle Privilegien und waren in einem Apparat großgeworden, der nur zur Unterdrückung der Arbeiterklasse diente und dessen einziges Interesse die Selbsterhaltung der Macht war, um seine schmarotzerische Stellung zu halten. Wer hat je erlebt, daß sich solche Apparate selbst wegeformieren? Und eine sozialistische Demokratie ist nur möglich, wenn dieser Apparat verschwindet.

mache ihn für die Reformvorschlüge der Technokraten zugänglich. Es half ihm, sich sogar an ihre Spitze zu stellen. Nicht Dubcek und seine Anhänger hatten die Krise in der tschechoslowakischen Gesellschaft herbeigeführt. Umgekehrt - es war die Krise, die sowohl die Dubcek-Gruppe schuf, wie auch die Gärung unter den Massen produzierte, welche diese Gruppe unter allen Umständen (jedoch mit anderen Mitteln als die „Konservativen“) drosseln wollte.

Bereits in der zweiten Juniwoche hatte General Pechlik versucht, Dubcek zu geeigneten Gegenmaßnahmen zu veranlassen, die eine bewaffnete Intervention der „Verbündeten“ abwehren könnten. Pechlik wußte, daß 175.000 CSSR-Soldaten das Land unmöglich gegen einen Angreifer zu verteidigen vermögen, der über eine Million Mann zum Einsatz bringen kann. Seiner Meinung nach war es aber möglich, „wenigstens die großen Städte zu halten, während zivile Partisanenverbände vom flachen Land aus den ‚Feind‘ daran hindern könnten, das ganze Land in den Besitz zu nehmen“.

Solche eine Strategie war „rein militärisch gesehen, nicht so weit hergeholt, wie es zunächst scheint: Unter den Warschauer-Pakt-Armeen befanden sich Soldaten aus Völkern Polens, Ungarns, aus der Ukraine und aus Rußland selbst, deren Unzufriedenheit mit der bürokratischen Herrschaft durch einen größeren revolutionären Konflikt in der CSSR einen weiteren massiven Anstoß erhalten hätte. Die dramatischen Ereignisse in Polen zwei Jahre später zeigten, wie trocken der Zunder bereits war. Aber Dubcek wies Pechliks Vorschlag zurück und entbot ihn stattdessen von seinen militärischen Posten.

Als die 3000 Panzer und die 500.000 Soldaten die tschechischen Städte besetzen, reagiert die Bevölkerung spontan auf die einzig richtige Weise: Sie appellieren in Flugblättern, persönlichen Gesprächen, Radiosendungen, Plakaten und Sprechblättern an die Soldaten und Sprechblören an die Soldaten, fordern sie zur Verbrüderung und zum Rückzug auf und erklären ihnen Dubceks Reformprogramm. Die Soldaten werden vernünftiger. Verschiedene Einheiten müssen ausgetauscht werden. Ihre Offiziere verbieten ihnen den direkten Kontakt mit den Tschechen. Sie hämmern ihnen ein, was ihre Aufgabe sei: eine „faschistische

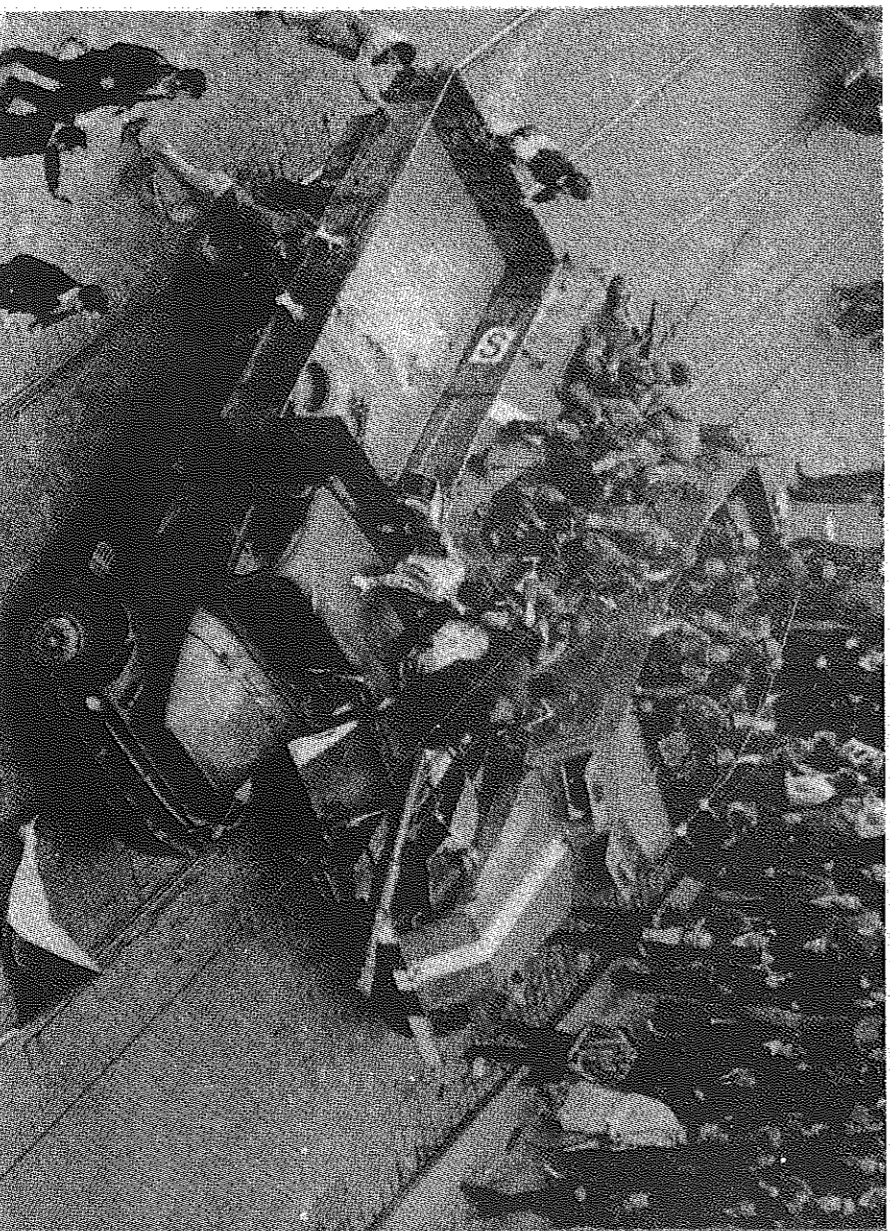


Die Tschechen erklären den sowjetischen Soldaten den „Reformkurs“ und ihre Forderungen. Viele Soldaten wußten gar nicht, wo sie waren, sie glaubten, sie seien in West-Deutschland.

Freilassung:

Die Schergen, die unterwegs sind, um führende Reformen zu verhaften, finden kaum eine Adresse. Alle Straßenschilder in Prag tragen plötzlich die Aufschrift „Dubcek-Strabe“ an hunderttausenden Klingelschildern lesen die Besucher Dubcek, Hausnummern sind entfernt. Den Besatzern wird Nahrung, Auskunft und Wasser verweigert. Angehlich defekte Lokomotiven blockieren Schienenstrecken. Überlandwegweiser sind abmontiert oder zeigen nur noch eine Richtung: Moskau 2000 km. Wandzeitungen, Transparente und Flugschriften kursieren in Massen. Der staatliche Rundfunk ist über Geheimsender immer noch zu empfangen: Er informiert, organisiert und übermittelt Botschaften sich versteckt haltender Führer.

Ironie: Witz und Galgenhumor zeugen von der Stimmung. Vor einer Entbindungsklinik lassen russische Soldaten folgende Worte: „Hilf! Schickt mehr Panzer - 12 Konterrevolutionäre wurden hier heute Nacht geboren.“ 48 Stunden, nachdem die Truppen in



Mit großem Mut und Einfaltreichtum leistete die Bevölkerung der CSSR Widerstand: Hier schieben Jugendliche einen LKW vor einen sowjetischen Panzer.

ungarischen Arbeiteraufstandes geworden war) und ging mit ihm regelmäßig zur Jagd im gemeinsamen Grenzgebiet beider Länder.

Dubcek: nicht Führer, sondern Geschobener

Er hatte in den Chor eingestimmt, der Slánský (Generalsekretär der KP, der 1952 im Rahmen einer „Säuberungswelle“ zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde) als „Verräter“ und „imperialistischen Agenten“ verurteilt hatte; 1968 distanzierte er sich vom Slánský-Prozeß: Bei aller persönlichen Bescheidenheit, die ihm nachgesagt wird - ein mutiger Held war er nicht, er hatte höchstens ein gutes Gespür für die Erfordernisse der Zeit. Dieses Gespür

Konterrevolution“ zu verhindern.

Eigentlich wollten die Kreml-Herren nach dem Einmarsch schnellstmöglich eine neue Kollaborationsregierung zusammensetzen, die sich für die Intervention auch noch bedankt und die Dubcek-Reformen verflucht. Einige Bewerber für die Ministerposten waren auch schnell zur Stelle: wiederauflebende Novomy-Leute ebenso wie einige ex-Reformer, die noch schnell die Hemden wechselten.

Aber der Widerstand - vor allem der Jugend und der Arbeiter - ist unerwartet groß. Zu ihrer Verblüffung verweigert auch noch Ministerpräsident Svoboda die Ernennung einer neuen Regierung. Bestäkt von den Ereignissen auf den Straßen verlangt er sogar Dubceks

Prag eingetroffen waren, erkannte die Kreml-Spitze den Schnitzer, den sie begangen hatte, und beschloß, ihm mit Dubceks Hilfe wieder auszubügeln. Sie wollte keine andere Kollaborationsregierung in Prag mehr, sondern sie wollte die Dubcek-Gruppe zur Kollaboration zwingen. Dieses gelang wider Erwarten gut. Dubcek kam „frei“. Andere Reformer wurden nach Moskau geflogen - diesmal nicht in Handschellen, sondern als Verhandlungspartner.

Die Reformen

leiten die Repression ein

Die Führer des Prager Frühlings gehen nach. Am 27. August kehren sie als freie Leute nach Prag zurück. Sie werden begeistert empfangen. Die Besatzer

sind zwar noch da, aber Dubcek ist weiterhin Erster Sekretär der KP. Das sieht wie ein Sieg aus ... bis sich die Heimkehrer an die Arbeit machen: Sie rufen zur „Mäßigung“ auf, predigen „Zurückhaltung“ und verlangen ein Ende der Demonstrationen gegen die UdSSR. Der größte Teil der Jugend und der Arbeiter hatte gehofft, ihr Held Dubcek würde die Führung des Widerstandes übernehmen. Wie eine kalte Dusche für ihre Begeisterung wirkt es, als er nur von „Normalisierung“ und „Ruhe und Ordnung“ spricht. Am 31. August kündigt Dubcek die Wiederführung der Pressenzensur an.

Debecks Biograph William Shawcross schreibt: „Dubcek muß sehr wohl gewußt haben, daß seine Wiedererzeugung in den Augen der Sowjets nur eine zeitweilige und höchst unerwünschte Zweckmaßnahme war. Man würde ihn beseitigen, sobald seine endgültige Absetzung politisch vertretbar war. Das heißt mit anderen Worten, sobald er sein Charisma verloren habe, Einigkeit und Widerstandsgeist des Volkes gebrochen und willfähige Kollaborateure gefunden sein würden. Man schickte ihn am 26. August aus Moskau zurück, damit er sich selbst, seine Reformbewegung und seine Ausstrahlungskraft zerstöre. Er wurde zurückgeschickt, um seine Ideale selbst zu vernichten.“

So kam es. Die meisten ehemaligen Reformen wurden nach und nach entfernt, oder sie pakteten sich an. Andere gingen in den Westen. Dubcek wird im April '69 als Erster Sekretär ernannt und auf den (machtlosen) Posten des Parlamentspräsidenten abgehoben, im September aus dem Parlamentspräsidenten abgewählt, im Dezember als Botschafter in die Türkei geschickt und im März 1970 aus der Partei ausgeschlossen.

Als zum ersten Jahrestag des Einmarsches, am 20. August 1969, große Demonstrationen für Dubcek, für neue Reformen und für den Truppenabzug erwartet werden, ruft Dubcek persönlich zum Zu-Hause-Bleiben auf. Als es trotzdem zu großen Kundgebungen kommt und anschließend zu Kämpfen gegen Polizei und Panzer, werden sofort Ausnahmegesetze in Kraft gesetzt. Sie tragen die Unterschrift des Parlamentspräsidenten - Dubcek!

Am 31. August 1969 sollte er noch einmal in einer Rede vor dem ZK seine Rolle als Reformator rethorikreichen und den Einmarsch 12 Monate zuvor für überflüssig erklären: „Vor dem 21. August (1969) war ein neues Gesetz über die Nationale Front in Vorbereitung. Diesem Gesetz lag die Absicht zugrunde die Bildung neuer politischer Parteien unmöglich zu machen ...“

„Wenn dies zutrifft“ so schreibt Shawcross, „dann hatten die ‚Tauben‘ im Kreml recht. Wenn sie etwas mehr Geduld gehabt hätten, wäre die Invasion gar nicht mehr nötig gewesen - Dubcek war sowieso im Begriff, ihnen die Arbeit abzunehmen. ... Das Prager Experiment einer ‚sozialistischen Demokratie‘ war fehlergeschlagen.“

Shawcross mußte ergänzen: Ein solches Experiment muß nicht zwangsläufig scheitern. Es könnte gelingen, wenn es auf einer politischen Revolution basiert, die den herrschenden bürokratischen Apparat zerschlägt. Der Apparat selbst wird nur solche Reformen anstreben, die seine Herrschaft festigen.

Kurt Pfeilke, Stuttgart
Jungsozialist

Nach dem Ende des Golfkrieges: Gesellschaftliche Probleme ungeelöst

Nach acht Jahren, 1 Mio. Toten, 1,7 Mio. Verletzten und 370 Mrd. US-Dollar Kosten scheint der Krieg zwischen Iran und Irak zu Ende zu gehen.

Nicht die UNO-Waffenstillstandsresolution 598, sondern die politische, wirtschaftliche und militärische Erschöpfung beider Seiten ist die Ursache des Friedensschlusses.

Im Februar 1979 stürzten die iranischen Massen das Shah-Regime. Wegen des Fehlens einer bewußten Führung der Arbeiterklasse gelangten islamische Fanatiker unter Ayatollah Khomeini an die Macht. Iraks Diktator Saddam Hussein führte die Auswirkungen der iranischen Revolution im Irak. In der Hoffnung auf einen schnellen Sieg kündigte Hussein den 1975 geschlossenen Vertrag von Algier, der die iranisch-irakische Grenz-

mit dem Sternbanner ausgeflaggt - liefen unter US-Schutz durch den Golf. Als der Irak die US-Fregate "Stark" versenkte, begnügte sich die USA mit der Entschuldigung Husseins, es habe sich um ein Versehen gehandelt. Gleichzeitig wurde der militärische Druck auf den Iran verstärkt. Der gezielte Airbus-Abschluß mit 290 Toten war imperialistischer Staatsterrorismus zur Einschüchterung des Iran. Wachsende Kriegsmüdigkeit, irakische Geländegewinne und die allgemeine Aussichtslosigkeit, den Krieg zu gewinnen, ließen die iranische Führung auf ein rasches Kriegsende drängen. Auch die Supermächte wollten eine sofortige Beendigung des Krieges, um den Rest an Stabilität in der Region zu retten.

Er konnte sich dabei der Unterstützung der reaktionären arabischen Regimes und des US-Imperialismus sicher sein. Doch trotz anfänglicher militärischer Erfolge wegen der Instabilität im Iran und der Auflösungserscheinungen in der Armee ging die Rechnung nicht auf. Das Khomeini-Regime wurde gestärkt und konnte unter der Parole der "Verteidigung der Revolution" und mit anti-imperialistischer Propaganda Unterstützung in der iranischen Bevölkerung gewinnen. Unter großen Menschenopfern gewann der Iran gegen die technisch überlegenen irakischen Truppen langsame militärisch die Oberhand. Ein militärischer und politischer Zusammenbruch des Regimes der Baath-Partei unter Hussein drohte. Im Frühjahr 1987 stellte ein US-Kongreß-Bericht fest, daß "eine irakische Niederlage katastrophale Konsequenzen für die westlichen Interessen hätte".

Eine Inflationsrate von 50%, mindestens 20% Arbeitslosigkeit, die extrem schlechte Versorgungslage, irakische Raketenangriffe auf iranische Großstädte und die brutale Unterdrückung zermürbten die Bevölkerung. Laut Berichten kam es in zahlreichen Städten zu Antikriegsdemonstrationen und Streiks.

US-Intervention

Um die befürchtete Destabilisierung der ganzen Golfregion zu verhindern, griffen die USA immer massiver direkt ein. Die irakische Seite versuchte alles, um den Konflikt zu eskalieren und die Imperialisten zum offenen Eingreifen zu zwingen. Die Flottenpräsenz der Nato wurde auf 70 Schiffe verstärkt, kuwaitische Ölf tanker - nun

Noch vor zwei Monaten hatte Khomeini verkündet: "Wer den Frieden mit Saddam will, ist ein Verräter am Geist des Propheten." Es hat eine Machtverschiebung innerhalb der iranischen Führung gegeben. Der radikal-



Hossein Ratsandschani, Irans "starker Mann", möchte nicht „auf dem Teheraner Hauptplatz baumneln“.

Auseinandersetzen in iranischer Führung

Nach vor zwei Monaten hatte Khomeini verkündet: "Wer den Frieden mit Saddam will, ist ein Verräter am Geist des Propheten." Es hat eine Machtverschiebung innerhalb der iranischen Führung gegeben. Der radikal-

den der herrschenden Klasse. Die alten reaktionären Generäle, Polizeioffiziere, Richter und Beamten blieben in entscheidenden Machtpositionen. Die ersten Reformen hatten der Regierung eine steigende Popularität eingebracht, nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Bauern und den Mittelschichten. Zu diesem Zeitpunkt wäre es absolut möglich gewesen, die sozialistische Umwälzung zu vollziehen. Die herrschende Klasse war noch demokratisiert und die Arbeiterparteien hatten auch Unterstützung bei den Kleinbürgern und den einfachen Soldaten. Die Arbeiterbewegung war in der Offensive. Doch um die Macht des Kapitals zu brechen, hätten die Abmachungen mit den bürgerlichen Partnern und die Verfassung verletzt werden müssen. Der Staatsapparat hätte entmachtet und die Arbeiter und Bauern bewaffnet werden müssen, um Landaufteilung und Verstaatlichung durch Massenmobilisierung abzusichern.

Vor 15 Jahren: Militärrputsch in Chile

Am 12. September jährt sich zum fünfzehnten Mal die Machtergreifung des General Pinochet in Chile. An diesem Tag putschte 1973 das Militär gegen die gewählte Regierung des sozialistischen Präsidenten Allende und zerschlug die Organisationen der Arbeiterklasse - Sozialistische Partei, Kommunistische Partei und Gewerkschaften - mit brutaler Gewalt. Im Laufe der darauffolgenden Monate wurden fast 50.000 Arbeiter ermordet, Zehntausende verschwanden in Gefängnissen und Konzentrationslagern, wurden gefoltert. Viele flüchteten.

Pinochets Putsch war die schlimmste Niederlage für die Arbeiterklasse der Welt seit der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Hitler-Faschismus. Dieser fünfzehnte Jahrestag ist für uns jedoch nicht nur Anlaß zum Trauern oder zum stillen Gedenken. Es geht darum, die Lehren aus dieser Katastrophe zu ziehen, um eine Wiederholung zu vermeiden.

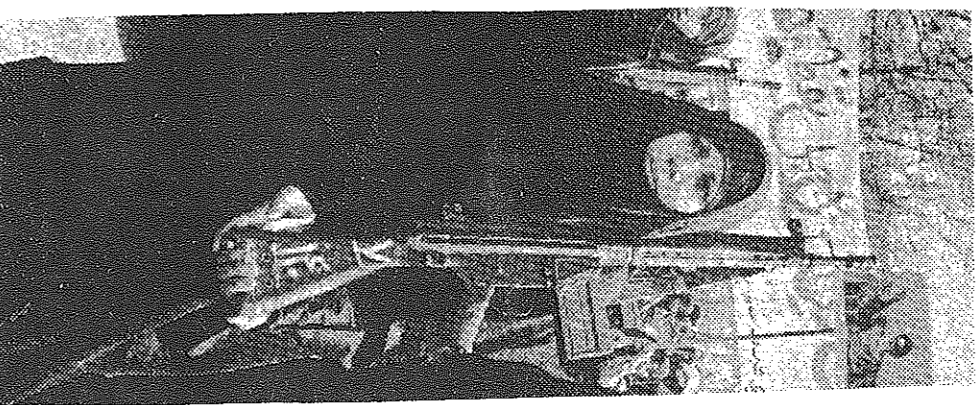
Klassenstaat

Die kapitalistische Klasse wird durch den bestehenden Staat repräsentiert, der ein Unterdrückungsinstrument einer Klasse gegenüber einer anderen darstellt. ... so das Programm der Sozialistischen Partei Chiles von 1933. Diese Analyse nahmen die chilenischen Arbeiterparteien nicht ernst genug. Um die bürgerlichen Koalitionspartner bei der Stange zu halten, hatte Allende weitreichende Zugeständnisse gemacht: Er verpflichtete sich, Militär und Polizei nicht anzutasten und keine "verfassungsfeindlichen Milizen" aufzubauen. So blieb der ganze Staatsapparat in den Hän-

Doch die "Unidad Popular" ging diesen Weg nicht. Sie wich vor den Drohungen der Reaktion zurück, in der Hoffnung, die Konterrevolution würde ruhig bleiben, wenn man sie nicht "proviziert". Landbesetzungen wurden auf Anweisungen der Regierung von der Polizei gestoppt, Verstaatlichungen eingestellt. Die Mehrheit der Industrie blieb in der Hand des Kapitals. Diese halbherzigen wirtschaftlichen Maßnahmen und die ökonomische Sabotage des Kapitals führten zu einer Krise, zu einem enormen Anstieg der Inflation und einem schnellen Sinken des Lebensstandards. Die Mittelschichten gingen daher zunehmend in das Lager der Reaktion über. Diese begann, ihre Kräfte wieder zu sammeln.

Die USA versuchten, einen weltweiten Boykott von Kupfer - Chiles Export - zu erzwingen. Die Arbeiterparteien hielten

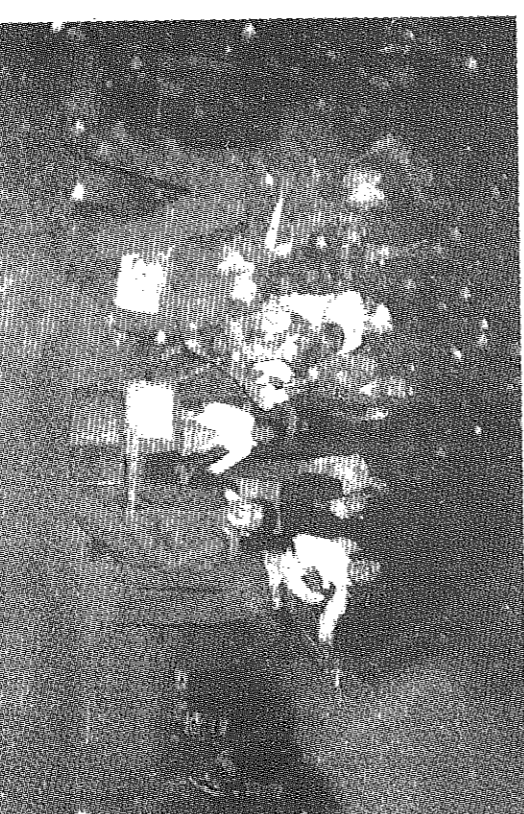
Ihren Willen zum Machterhalt hat die iranische Führung deutlich dokumentiert: mindestens 50.000 politische Morde, bestialische Folterungen von Gefangenen, mittelalterliche Unterdrückung der Frauen, Einsatz von 10.000en Kindern als "Minensucher" im Krieg, Unterdrückung nationaler Minderheiten (z.B. Kurden) usw.



Dafür hat die iranische Bevölkerung nicht den Shah gestützt? Unter dem Druck der Unzufriedenheit der Massen hat Khomeini jetzt Gesetze zur Landreform, Einführung eines staatlichen Außenhandelsmonopols und andere drastische Wirtschaftsmaßnahmen angeklügelt. Wenn jetzt der Krieg zu Ende geht, entfällt die außenpolitische Entscheidung des Regimes für die Mißstände im Land. Jetzt werden die Arbeiter und Bauern Verbesserungen sehen wollen. Der Friedenszustand kann für die Herrschenden im Iran zu noch größeren Problemen führen als der Kriegszustand. Ähnliche Schwierigkeiten werden auf das Hussein-Regime im Irak zukommen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau könnte dort trotz geringerer Kriegszerstörungen als im Iran schwächer werden: Vor dem Krieg verfügte der Irak über 35 Mrd. Dollar Währungsreserven, jetzt muß er 60-80 Mrd. Dollar Auslandsschulden abtragen. Dazu wird Hussein den Lebensstandard der Massen angreifen müssen.

Trotz der islamischen Deformation stellte die iranische Revolution eine Bedrohung der imperialistischen Interessen dar. kalislamische Flügel um Ayatollah Monazeri, der Ratsandschani wegen der geheimen Waffengeschäfte mit den USA „Kumpanei mit dem amerikanischen Teufel“ vorwarf, ist zurückgedrängt worden. Doch auf verzerre Weise bringen diese Äußerungen verschiedener Flügel der Führung die machtingen Klassengegensätze zum Ausdruck. Der Trend zur bonapartistischen Machtkonzentration ist deutlich. Die einzige legale Partei (Islamisch-Republikanische Partei) wurde aufgelöst. Ratsandschani bekam die Funktion des Oberbefehlshabers der Streitkräfte. Als seine Reorganisationsversuche am Ge-

Die während des Krieges angestautete Unzufriedenheit und Empörung der Massen wird jetzt im Iran und im Irak zum Ausdruck kommen und kann sich schnell auch in anderen Golfstaaten, Kuwait und Saudiarabien zeigen. Wirkliche Stabilität kann nur unter Führung der Arbeiterklasse in einer Föderation sozialistischer Staaten der Nahen Ostens geschaffen werden. Farkh Goharime



Jugendunruhen in Santiago: Trotz brutaler Unterdrückung flackert immer wieder Widerstand auf.

portartikel Nr. 1 - zu organisieren, die Christdemokraten blockierten systematisch das Parlament, die faschistischen Schlagtruppen von „Freiheit und Vaterland“ vernichteten die Bereitschaft der Arbeiter und Bauern vorzubereiten sich auf den Putsch vor.

Die Regierung Allende beantwortete die Entwicklung der Konterrevolution mit weiteren Zurückweichen und Zugeständnissen - wenige Wochen vor dem Putsch wurden reaktionäre Generäle in das Kabinett aufgenommen, um das Militär „ruhigzustellen“.

Die „Unidad Popular“ hatte die entscheidenden Fehler gemacht, das Kapital anzuzweifeln, ohne es zu entmachten.

Von vielen Seiten wurde gewarnt. Aktivisten der SP, der KP, der Gewerkschaften und einfache Arbeiter forderten unterschiedene Maßnahmen gegen die Reaktion. Eine Woche vor dem Putsch, am 4.9.73, demonstrierten eine Million Menschen in Santiago (bei einer Bevölkerung von neun Millionen!), hundertausende Arbeiter forderten die sofortige Bewaffnung. In verschiedenen Städten bewaffneten sich Arbeiter, ohne auf die Initiative der Führung zu warten. Vereinzelt wurden „Cordones“, tätähnliche, politische Organe der Arbeiter aufgebaut.

Ein friedlicher Weg zum Sozialismus ist möglich. Aber nur durch die Verstaatlichung der Industrie, des Handels und der Banken innerhalb kurzer Zeit, um das Kapital zu entmachten und die Wirtschaftssabotage durch die umfassende Massenmobilisierung und gegebenenfalls Bewaffnung der Arbeiter und Bauern und die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates. Claus Lüdtwig, Bremenhaven Jungsozialist



1973 versäumte der damalige Präsident Allende, den Staatsapparat zu entmachten.

Nationalitätensproblem - Stalchei im Fleisch der Sowjet-Bürokratie

Die mächtigen Ereignisse von Armenien haben das Gorbat-schow-Regime in seinen Grundfesten erschüttert. Noch nie zuvor war die bürokratische Clique, die die Sowjetunion beherrscht, vor eine so große Herausforderung gestellt.

In einer riesigen Welle von Massenprotesten forderte die Bevölkerung von Armenien den Anschluß von Berg-Karabach, einer vorwiegend armenischen Enklave im benachbarten Aserbaidschan. Nach fünf Tagen mit Demonstrationen, Besetzungen und Massenversammlungen in den Fabriken strömten etwa eine Million Menschen im Zentrum von Eriwan zusammen. Die Bevölkerung der Stadt beträgt 1,2 Mio. und die ganze Republik Armenien zählt nur 3,5 Mio. Einwohner.

Der „liberale“ Gorbat-schow legte seine Glasnost-Politik sofort auf Eis, als er mit den Massenprotesten konfrontiert wurde. In einem verzweifelten Versuch, alle Meldungen zu unterdrücken, wurden Auslandskorrespondenten vom Besuch des Gebietes abgehalten. Trotzdem sind Nachrichten nach außen gedrungen, die ein anschauliches Bild der Ereignisse zeigen.

Das Glasnost-Konzept hat die Mißstände, die unter der Oberfläche schmorten, zu Tage gebracht. Die ungelöste Nationalitätenfrage birgt sicherlich am meisten Sprengstoff. Erst vor sechs Monaten behauptete Gorbat-schow in seinem Buch „Perestroika“ noch kühn: „Die Revolution und der Sozialismus haben mit nationaler Ungerechtigkeit und Unterdrückung aufgeräumt.“ Die Ereignisse in Armenien strafen ihn Lügen.

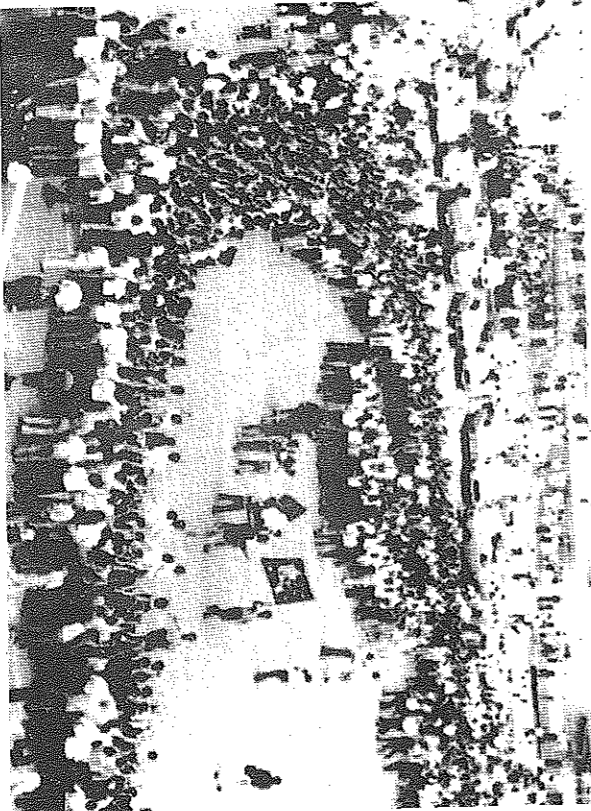
Politik der Bolschewiki

Die Frage des Umgangs mit dem Nationalitätenproblem spielte in der russischen Revolution eine entscheidende Rolle. Das zaristische Rußland war für die Nationalitäten ein Gefängnis. Die Bolschewiki verteidigten das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen Rußlands, das durch den berühmten 9. Artikel ihrer Verfassung festgelegt ist. Trotzki erklärte: „Diese deutliche revolutionäre Formulierung des nationalen Problems konnte das unerschütterliche Vertrauen der vom zaristischen Rußland unterdrückten kleinen Völker für die Bolschewiki gewinnen.“

Massenversammlungen

Die Forderung nach der Rückkehr von Berg-Karabach besteht seit langem. Aber in letzter Zeit haben zwei Faktoren dazu beigetragen, sie zu aktualisieren: Einerseits hat Gorbat-schows Politik die Erwartungen der unterdrückten Nationalitäten erhöht. Gleichzeitig hat sich die armenische Bürokratie in ihrem Konflikt mit den russischen Bürokraten auf die armenische Bevölkerung gestützt. Das hat den nationalen Aufbruch angeregt, der aber bei weitem über die vorgesehenen Grenzen hinausging.

Die letzten Unruhen sind durch Demonstrationen und Versammlungen im Oktober eingeleitet worden. Zu Beginn ging es nicht um Berg-Karabach.



Trauerzug in Eriwan: Bei Auseinandersetzungen mit sowjetischen Sicherheitskräften am Flughafen der Stadt war ein junger Mann getötet worden.

Diese Behutsamkeit im Umgang mit der nationalen Frage war der Bürokratie, deren allmähliche Machtvergrößerung durch den Aufstieg Stalins personifiziert wurde, jedoch fremd. Das Ausbleiben der Weltrevolution und die kulturelle Rückständigkeit ermöglichten die Entstehung eines totalitären Regimes, das die verschiedenen Nationalitäten brutal unterdrückte.

Bürokratische Machtausübung

Dennoch ist die nationale Frage in Rußland nicht wirklich das Resultat der Unterdrückung von einer Nation durch die andere, sondern das Ergebnis der Unterdrückung der kulturellen Entwicklung aller Nationen, angefan-

Eröffnung einer Kunststoffabrik. In Eriwan angekommen konnten die Demonstranten einen Erfolg verbuchen: Die Eröffnung wurde aufgeschoben. Das ermutigte nationalistische Demonstranten. Sie reichten sich in den Marsch ein und forderten die sofortige Rückführung Berg-Karabachs.

Am 11. Februar stimmte der „Sowjet“-Karabachs, ein „Parlament“ von handverlesenen Repräsentanten der Bürokratie, mit 110 von 140 Stimmen für die Einheit mit Armenien. Diese überraschende Unterstützung von Seiten der Bürokraten war der Auslöser für Arbeitsniederlegungen, Streiks, Besetzungen und Demonstrationen in ganz Armenien und besonders in Eriwan. Die Demonstranten, die durch Eriwan zogen, skandierten Parolen



Das ungelöste Nationalitätenproblem in der Sowjetunion führte zu heutigen Zusammenstößen. „Ein Volk, eine Republik“, oder „Selbstbestimmung ist kein Verrat!“ „Protestbewegung erreichte ein enormes Ausmaß, wie der Kommentar eines Augenzeugen zeigt: „Das ganze Stadtzentrum war mit Menschenmassen ausgefüllt. Ich habe so etwas noch nie gesehen.“

Anfänglich trugen die Demonstrationen Bilder von Gorbat-schow. Als dieser über Rundfunk und Fernsehen zu Ruhe und Ordnung aufrief, warfen die Menschen sein Portrait erzuhrnt und enttäuscht in den Dreck. Darüber hinaus bat auch die von Demitrychyan geführte lokale Bürokratie, die sich zuerst auf die Massen gestützt hatte, verzweifelt um Ruhe. Demitrychyan erschien vor einer Massenkundgebung und erklärte: „Ihr arbeitet nicht, wer soll also Eure Löhne zahlen? Was sollen Eure Familien essen?“ Daraufhin wurde er vom Podium gepöfien.

Nachdem ein US-Korrespondent den Film über die Demonstration in Eriwan gesehen hatte, kommentierte er: „Es ist klar, daß dies kein Problem ist, welches wieder verschwinden wird. Diese Menschen sehen aus, als hätten sie ihre eigene Macht erkannt.“ Ein russischer Dissident, der zu dieser Zeit in Eriwan war, war beeindruckt: „Trotz geringer Organisation verhielt sich eine Million Menschen perfekt. Es war eine beispiellose Woche der Demokratie und Freiheit für das Volk.“

Intellektuelle Führung

Die Demonstration war beispielhaft in ihrer Disziplin und Ordnung. Die Polizei war von der Straße verschwunden und trotzdem gab es keinen Ausbruch von Gewalt und kriminellen Handlungen. Man kann sich vorstellen, wie ein Schrecken die Herrschaften im Kremel packte, als sie mit einer solchen Bewegung konfrontiert wurden. Ein falscher Zug und eine soziale Explosion hätte sich in ganz Armenien entzündet, welche ähnliche Bewegungen in der ganzen Region und in Großrußland selbst ausgelöst hätte.

Es ist erwiesen, daß der „liberale“

Gorbat-schow Pläne für den Einsatz von Truppen hatte. Flughafenarbeiter waren Zeugen, daß Luftlandetruppen und andere Einheiten in die Region geflogen wurden. Ein Einsatz der Streitkräfte in einer solchen Situation hätte zur Auflösung eines Aufstandes geführt. Aber Gorbat-schow fand Unterstützung aus einer unerwarteten Ecke. Im Laufe der Bewegung hatte sich ein Organisationskomitee vor allem aus „anerkannten Personen aus Kultur und Wissenschaft“ gebildet. Mitglieder dieses Komitees, wie z.B. Sylva Kaputkyan, eine Dichterin, und Zori Babayan, ein Literaturkritiker, flogen nach Moskau, um Gorbat-schow zu treffen. Sie gehörten zu einer ähnlichen sozialen Schicht wie die Führer der politischen Intellektuellen-

Hier wäre eine Gelegenheit gewesen, am Höhepunkt des Kampfes, die Bewegung der armenischen Massen zu verallgemeinern, erweitern und zu vertiefen. Man hätte nur die Arbeiter und Bauern gemeinsam organisieren müssen. An den Arbeitsplätzen waren bereits Komitees entstanden. Vorfahren von wirklichen Sowjets, d.h. Arbeiter und Bauernräten, waren entstanden. Wenn dies mit der Idee der Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre, der Abschaffung bürokratischer Privilegien und dem durchschnittlichen Facharbeiterlohn für alle Funktionäre etc. verbunden worden wäre, also mit den Bedingungen Lennins für einen gesunden Arbeiterstaat, dann hätte die Bewegung den Beginn der politischen Revolution markieren können.

Sozialistische Förderung

Dies hätte den Anfang des Endes der bürokratischen Herrschaft nicht nur in Armenien, sondern in ganz Rußland bedeutet. Die mehr durch Zufall an die Spitze der Bewegung gesplüßte intellektuelle Führung setzte stattdessen ihre Hoffnung darauf, Gorbat-schow und die Moskauer Bürokratie zu überzeugen. Diese versprachen zwar eine gewisse Bevorzugung des Gebietes im wirtschaftlichen Bereich, was jedoch die Probleme nicht lösen wird. In der Phase der wirtschaftlichen Stagnation, in der sich die Sowjetunion augenblicklich befindet, kann so etwas nur auf Kosten anderer Regionen gehen. Und da liegt schon genug Sprengstoff: Auch in den baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sowie in den asiatischen Republiken Kasachstan und Usbekistan gab es in letzter Zeit nationalistische Unruhen.

Die armenische Bewegung zeigt: Die Unfähigkeit der Bürokratie, die nationale Frage zu lösen, wird in Rußland und Osteuropa einer der Faktoren sein, welcher die Herrschaft der Bürokratie stürzen helfen wird. Eine sozialistische Föderation, in welcher das gegenseitige Vertrauen der Arbeiterklasse vorherrschend sein würde, würde sofort die schädlichen Mißstände ausmerzen, welche unter der Herrschaft selbstherrlicher Bürokraten wuchern.

Ohne die Gefahr der Herrschaft einer Nationalität über die andere, in einer Gesellschaft der menschlichen Solidarität, würde sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit für alle Völker Ost-Europas und Rußlands eröffnen. Auf der Basis ihrer Erfahrungsgewinn wird diese Perspektive mehr und mehr von der Masse der Bevölkerung Rußlands und Osteuropas verstanden werden.

Die dramatischen Ereignisse in Armenien während der letzten Monate lassen erkennen, daß die Ära der politischen Revolution in Rußland selbst begonnen hat.

(Übersetzter Artikel
von Peter Taaffe aus „MILITANT“)

Internationale Notizen



Peru

Ein 48-stündiger Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung brachte das Land zum Stillstand. Er war ausgerufen worden von der KP-geführten Gewerkschaft CGTP und von der Regierungspartei angegeschlossen ist. Es war das erste Mal, daß sie einen Streik gegen die Regierung unterstützte.

Birma

Nachdem Studenten und Arbeiter Ende Juli GeneralNe Win nach 26 Jahren an der Macht zum Rücktritt veranlaßt hatten, zwangen sie nach nur 18 Tagen auch seinen Nachfolger Sein Lwin in die Knie. Das Land, friher „die Reisschale der Welt“, befindet sich in einem desolaten wirtschaftlichen Zustand: 300-500% Inflation, hohe Auslandsverschuldung. Das einzige, was noch funktioniert, ist der Schwarzmarkt. Zwar war von 26 Jahren nach einem Militärputsch die Industrie verstaatlicht worden und Großgrundbesitz wurde

Polen

Die größte Streikwelle seit April/Mai dieses Jahres wurde durch die starken Preiserhöhungen der Regierung ausgelöst. Das Bergwerk „Manifast I nowy“ wurde besetzt, desgleichen der Hafen von Szczecin. Bergarbeiter aus anderen Minen traten in Solidaritätsstreiks. Ihre Forderungen unter anderem: Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Wiedereinstellung aller wegen Gewerkschaftsaktivitäten entlassenen Arbeiter, Anerkennung der Gewerkschaft „Solidarnität“.

Kampffonds Spendet für die marxistische Alternative!

Mit den Worten „Für unsere Druckerei, Genossinnen und Genossen - Rot Front!“ schickte uns Anfang August Ingo Rehmke aus 2084 Reiltingen 100 DM für den Kampffonds. Er ist 20 Jahre alt, Koch-Lehrling bei der Stadt Hamburg und seit vier Jahren SPD-Mitglied. Kennengelernt hat der VORAN erst beim SPD-Geburtsfest in Frankfurt (s. Leserbrief) und schon nahm er uns beim Wort mit dieser tollen Spende! Außer ihm wollen wir diesmal Hubert Batsch, Krankpfleger aus Köln, für seine Spende von 500 DM besonders danken - das war die Rückerstattung aus dem Lohnsteuerjahresausgleich.

Diese Beispiele zeigen, welche Spendenbereitschaft auch besonders unter Jugendlichen vorhanden ist, wenn ihnen die Notwendigkeit einer marxistischen Zeitung in der Arbeiterbewegung klar wird. Das Frankfurter Fest beweist es: Dort kamen VORAN-Anhänger mit Zeitung, Broschüren, Büchern etc. sehr gut an und sammelten insgesamt über 700 DM für den Kampffonds!

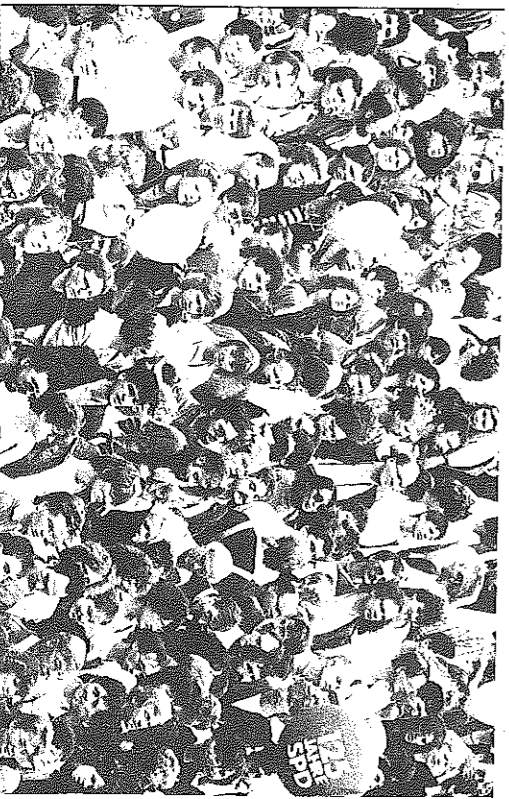


Liebe Genossinnen und Genossen der Redaktion,
zur 125-Jahrfeier der SPD in Frankfurt fiel mir Eure Ausgabe Nr. 100 in die Hände. Da ich nur durch das Manifest von Marx einige Ideen des Marxismus ergründen konnte und leider in einer „Reife“-Jugendgruppe bin (d.h. von 12 Leuten gibt es nur einen dogmatischen Marxist), war ich wirklich froh, eine marxistische Zeitung kennenzulernen, die die Marx'schen Lehren auf die heutige Zeit überträgt und das auch in einer jugendfreundlichen Sprache tut.

Besonders interessant in der o.g. Ausgabe fand ich die Berichte über die 68er Unruhen in Frankreich und Rheinlanden. Anlässlich der Bundesdelegiertenkonferenz der Bundes-schülervertretung hatte ich im März 1988 die Gelegenheit, Rheinlanden zu besuchen. Meine Eindrücke habe ich in einem Gedicht festgehalten.

Mit solidarischen Grüßen
Joachim Leckeyck, Saarbrücken

Ihr großen Bosse sitzt in Euren Villen und lacht über die Arbeiter die um den Erhalt ihrer Arbeit kämpfen
Ihre Hände am kleinen Feuerkessel wärmen.
Doch es sind dieselben Hände die Euren Wohlstand schufen indem sie an heißer Flamme den Stahl kochten.
Und Ihr werdet merken daß diese Hände auch fähig sind die Feuerbrunst des Klassenkampfes zu legen

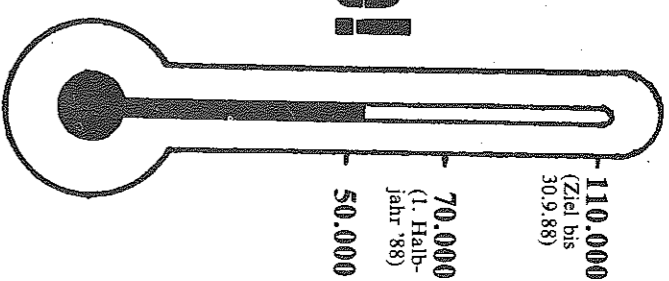


Reges Interesse fanden marxistische Ideen auf dem SPD-Fest in Frankfurt.

Mit diesen und anderen Spenden steigt unsere gesamte Sammelleistung 1988 bis jetzt auf 52.857,38 DM! Im 1. Halbjahr erreichten wir das Rekordergebnis von 47.308,33 DM, was 68% unseres Ziels von 70.000 DM entspricht. Darauf können alle, die selbst gespendet oder beim Spendensammeln geholfen haben, stolz sein.

Allerdings gingen die Ergebnisse in den „Sommermonaten“ Juli und August leider spürbar zurück. Nur weil viele Arbeiter und Jugendliche dann in ihren wohlverdienten Urlaub fahren, hören die Angriffe von oben und die (fast täglichen) Schweinereien des Lebens im Kapitalismus deshalb noch lange nicht auf. Kälbermastskandal in NRW, verseuchte Nordsee (da macht auch der Urlaub keinen Spaß mehr), Erdgassteuererhöhung, Mehrwertsteuererhöhung trotz unerwarteter hoher Steuereinnahmen, der Vorschlag eines „sozialen Pflichtjahres für Frauen“ usw.

Diese Liste macht deutlich, daß wir uns niemals zur Ruhe setzen können, solange der Profit und seine politi-



Spendenkonto:
VORAN Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

schon Vertreter in Bonn registrieren. Wir brauchen eine SPD mit einer marxistischen Alternative. Hilf deshalb durch Deine Spende, die Zeitung der Marxisten in der SPD mitaufzubauen!
Fiz Garvie
Redaktion Köln

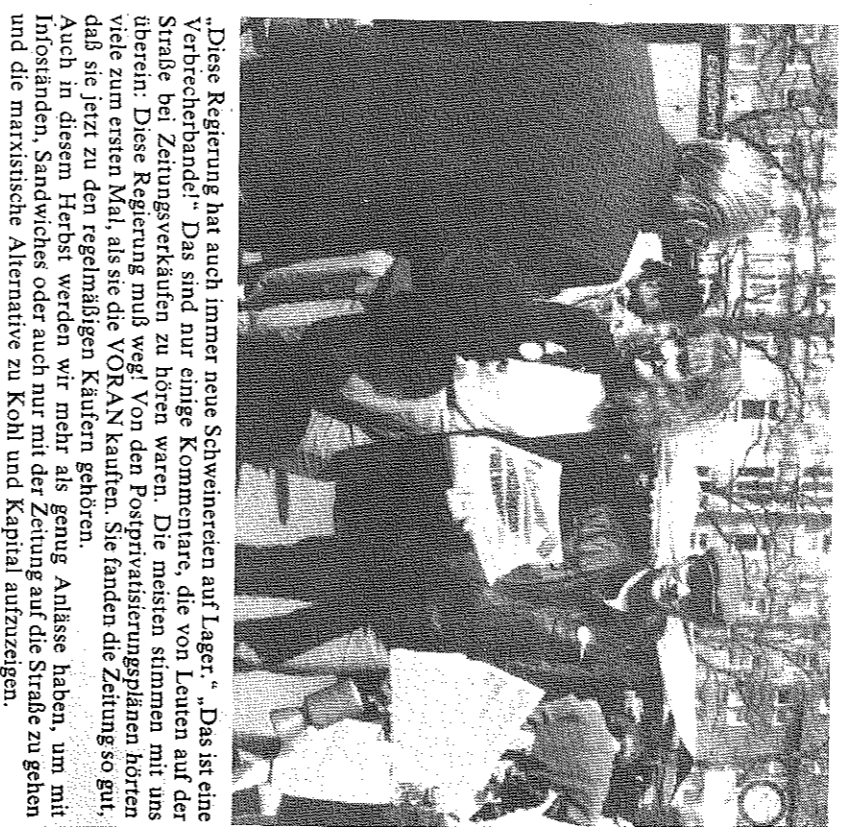
Leserbriefe Schreibt uns Eure Meinung, Ergebnisse, und und und

der Euch dekadenten Ärsche vernichten wird.
Ihr Arbeiter die Ihr täglich am heißen Stahlkessel steht
die Ihr den Wohlstand der Bosse aufrecht erhaltet
die Ihr Euch in Eurem Kampf am kleinen Feuer wärmt
erkennt Eure Macht
laßt es zur Flamme der Empörung aufdorn
und verbrennt damit diejenigen die Euch unterdrücken und verachten.
Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Hallo Genossinnen und Genossen, als ich nach Frankfurt fuhr, um an der 125. Jahrestag der SPD teilzunehmen, erwartete ich zwar viel Spaß, aber nicht Aufregewöhnliches. Dann taucht da plötzlich so'n Typ auf und fragt, ob ich nicht eine Zeitung kaufen wolle. Titel: VORAN. Untertitel: Marxistische Zeitung... Ich denk' shit, schon wieder 'ne Splittergruppe à la KPD/ML. Aber reinschauen kostet nichts. Ein erster Blick und schon war ich 2 DM los und klönte mit dem Verkäufer. Er war aus Hamburg, seine „Splittergruppe“ hieß SPD. Da war ich baff! Marxisten in der SPD! Und ich dachte schon, ich wär allein. Am Ende des Gesprächs stand dann ein Adressenaustausch.
Wieder zuhause abonnierte ich dann VORAN. Inzwischen hab ich dann noch mit anderen Genossinnen und Genossen von VORAN in Hamburg gesprochen und mir gesagt, die tun endlich mal was. Nicht nur die

Zeitung ist sehr gut aufgemacht und nennt endlich mal Namen, auch die Vorstellungen, die im Programm formuliert sind, stimmen mit meinem zum allergrößten Teil überein. Aus dieser freudigen Überraschung heraus dann dieser Brief, ohne Kritik etc, sondern nur um Euch zu sagen: VORAN!
In diesem Sinne Rot Front
Ingo Rehmke, Reilingen

Liebe VORAN-Redaktion,
ich stimme zwar mit Euren Zielen (Sozialisierung und Demokratisierung der Konzerns, 35-Stunden bei vollem Lohnausgleich) überein, doch scheint mir Eure Strömung für eine Umgestaltung der Jusos im Sinne der arbeitenden Bevölkerung (noch?) nicht tauglich zu sein.
In VORAN Nr. 101 habe ich mit großer Bestürzung die Artikel „Was ist los in Afghanistan“ von Dennis Magill und „Polen: Arbeiter geben nicht auf“ von Georg Kimmel gelesen. Beide Artikel versprechen hochtrabend eine „marxistische Analyse“ der Vorgänge in den sozialistischen Ländern. Doch tatsächlich werden die marxistischen Regierungen in guter

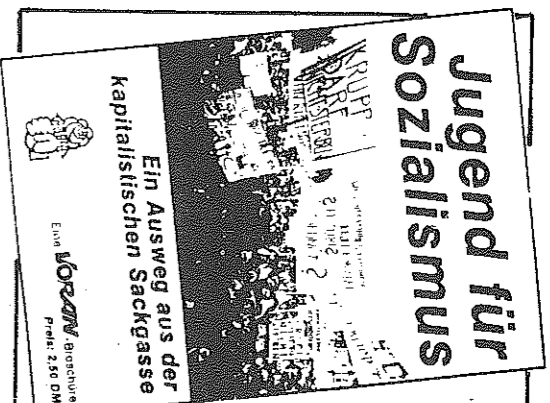


„Diese Regierung hat auch immer neue Schweinereien auf Lager.“

„Diese Regierung hat auch immer neue Schweinereien auf Lager.“ Das ist eine Verbrecherbande! Das sind nur einige Kommentare, die von Leuten auf der Straße bei Zeitungsverkäufen zu hören waren. Die meisten stimmen mit uns überein: Diese Regierung muß weg! Von den Postprivatisierungsplänen hören viele zum ersten Mal, als sie die VORAN kauften. Sie fanden die Zeitung so gut, daß sie jetzt zu den regelmäßigen Käufern gehören.
Auch in diesem Herbst werden wir mehr als genug Anlässe haben, um mit Infortständen, Sandwiches oder auch nur mit der Zeitung auf die Straße zu gehen und die marxistische Alternative zu Kohl und Kapital aufzuzeigen.

Springer-Mannier als „bürokratische Diktatur“ beschimpft. Wenn Ihr in Zukunft auf solche Halbraden gegen den Sozialismus verzichtet, wird Eure sozialistische Arbeit glaubwürdiger und wird eine breitere Basis sowie meine Unterstützung finden.
Mit freundlichen Grüßen
Martin Reese, Dormagen

Liebe Genossen,
neuerdings müssen Lokomotivführer einen 13-stündigen Dienst auf der Lok absolvieren. Ohne Pause. Es hat schon Fälle gegeben, wo ein verantwortungsbewußter Lokführer sich geweigert hat, weiterzufahren, nachdem



Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse
VORAN Broschüre
Preis: 2,50 DM

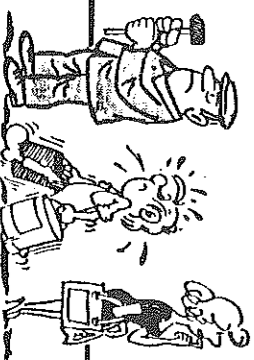
Jetzt bestellen!
Die neue Voran-Broschüre „Jugend für Sozialismus“, Preis: 2,50 DM erhältlich bei der Redaktion

In unserer neuen Broschüre gehen wir auf die Hauptfragen ein, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Wir greifen Alltagsprobleme auf und verbinden sie mit den grundlegenden Widersprüchen in unserer Gesellschaft. Und vor allem: Wir zeigen, was man tun kann!

Verkauf VORAN

ihr da oben...

Karoly Grosz, relativ neuer Regisseur der Ungarns, reist viel und gerne. Und Reisen bildet ja bekanntlich. So beglückt Grosz die Ungarn mit immer neuen Ideen.
In Großbritannien war er begeistert von Thatchers Politik gegenüber den Gewerkschaften und von ihrer Privatisierungsstrategie.
Aus den USA zurückgekehrt, hat er eine neue Überraschung bereitet: Jetzt sollen auch die Ungarn ihr Disney-Land bekommen. Die alte Weisheit leicht abgewandelt: Kein Brot - aber Spiele.



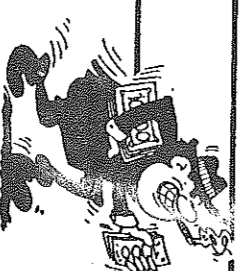
Blum weiß, wo's lang geht

Da behauptet noch mal einer, unser Arbeitsminister Norbert Blum habe keine Ahnung. In einer Bundestagsdebatte vom 4. Mai 1988, in der es um Rheinlanden und die Zukunft des Ruhrgebiets ging, meinte er:

„Ihr habt den Leuten in Rheinlanden lange genug Illusionen gemacht. Jetzt muß einmal die Wahrheit gesagt werden... freilich geht es darum, daß die deutschen Stahlkocher eine marktwirtschaftliche Chance in Europa haben. Dafür kämpft die Bundesregierung. Aber nur in Planwirtschaften kann sie Standortgarantien geben.“
Dem ist nichts hinzuzufügen.

Abwarten und Tee trinken

Der Herr Graf Lambsdorff sorgt sich ums weibliche Geschlecht! Er will den Frauen zu mehr Arbeitsplatz verhilfen. Und wie? In: im er fordert, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen aufzuheben.
Da kann sie dann tagsüber auch Haushalt erledigen...
Und sollte sie dann irgendwann mal die Verzweiflung packen, „Bild der Frau“ hat den richtigen Tip auf Lager: Abwarten und Tee trinken. Nämlich den „Tee gegen Verzweiflung“ dreimal täglich.



... wir hier unten

Werften

Arbeitsplatzabbau

Dieses Interview mit Harald Methdorf, Betriebsrat der SUAG-Werft, führte unser Mitarbeiter Jens Fertsch, Jungsozialist und IGM-Vertrauensmann.

VORAN: Was ist der Bremer Werftenbund?

H.S.: Der Verbund besteht aus insgesamt fünf Werften: dem Bremer Vulkan (4000 Arbeiter), den Bremerhavener Betrieben SUAG (1000), Seebek (2300) und Loyd (1300) sowie der Wilhelmshavener Jade-Werft. Zur Zeit sind das (noch) insgesamt 8000 Beschäftigte. Der Verbund ist ein Zusammenschluß dieser Werften unter maßgeblicher Beteiligung des Bremer Senats und unter der Leitung des Vulkan-Vorstandes.

V.: Welche Pläne hat der Vorstand für die Verbund-Betriebe?

H.S.: Das auf Wunsch von führenden SPD-Politikern erstellte Konzeptpapier des Vorstandsvorsitzenden Hememann sieht die Vernichtung von 1500 Arbeitsplätzen und die Senkung der Neubau-Fertigungsstunden um eine Million vor. Der Reparatur-

betrieb soll mit Ausnahme kleinerer Aufträge bei der Loydwerft konzentriert werden. Die SUAG- und die Seebekwerft sollen fusioniert, d.h. zu einem Betrieb zusammengefaßt werden. Dabei soll der Standort der SUAG ausgegeben werden.

V.: Was heißt das für die Arbeiter?
H.S.: Dabei sollen ca. 500 Arbeitsplätze abgebaut werden. Das bedeutet auch den Wegfall von 100 Ausbildungsplätzen. Weiterhin hat der Betriebsrat von SUAG festgestellt, daß bei dieser Fusion auch 170 Angestellten-Jobs wegfallen würden. Bei einer früheren Fusion Anfang der 70er sind bei SUAG schon einmal 600 Arbeitsplätze vernichtet worden.

V.: Was fordert der Betriebsrat und die IG Metall?

H.S.: Die konkrete Forderung des Betriebsrates ist, daß kein Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen stattfindend darf. Weiterhin verlangen wir die Erhaltung aller Standorte.

V.: Was ist bisher an Widerstand gelaufen?

H.S.: Auf Abteilungs- und Betriebsversammlungen bei SUAG wurde die Belegschaft über die Entschlossenheit der Unternehme, Arbeitsplätze abzubauen, unterrichtet. Danach nahmen 700 Kollegen an einer Demonstration durch die Bremehavener Innenstadt teil. Eine weitere Aktion fand am 8.4. vor dem Bremer Verwaltungsgelände der „Vulkan“ statt. Wir werden weiterhin deutlich machen, daß wir die Arbeitsplatzvernichtung nicht einfach hinnehmen und daß es um das Schicksal der ganzen Region geht.

V.: Wie beurteilt Du diese Aktionen?

H.S.: Die Mobilisierung war schwach, weil es seit 1975 vor allem bei SUAG ständig um Arbeitsplatzabbau ging - es ist eine Art Gewöhnung eingetreten.

V.: Wie kann der Kampf weitergehen?

H.S.: Die Mobilisierung war schwach, weil es seit 1975 vor allem bei SUAG ständig um Arbeitsplatzabbau ging - es ist eine Art Gewöhnung eingetreten.

V.: Wie kann der Kampf weitergehen?

H.S.: Die Mobilisierung war schwach, weil es seit 1975 vor allem bei SUAG ständig um Arbeitsplatzabbau ging - es ist eine Art Gewöhnung eingetreten.

V.: Wie kann der Kampf weitergehen?

Jugend- und Auszubildenden-Vertretungsgesetz

Eine Mogelpackung!?

Vom ersten Oktober bis zum 30. November ist es soweit: Zum ersten Mal werden Jugendliche und Auszubildende bis 25 Jahre eine gemeinsame Vertretung wählen. Die Forderung nach einem neuen Vertretungsgesetz für Jugendliche (JAV) steht schon seit Jahren ganz oben auf dem Forderungskatalog der DGB-Jugend und verschiedener Einzelgewerkschaften.

Nach der alten Regelung konnten Jugendvertreter nur in den Betrieben gewählt werden, in denen mindestens fünf unter Achtzehnjährige arbeiteten oder ausgebildet wurden. Aber: Durch verlängerte Schulzeiten und dadurch, daß viele Schulabgänger erst nach langen Wartezeiten einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz fanden, waren z.B. 1985 schon weniger als 30% der Auszubildenden jünger als 18 Jahre. Allein von 1980 bis 1986 hatte sich so die Zahl der Wahlberechtigten um 41% verringert.

Der Forderungskatalog der Gewerkschaften umfaßt noch einige Punkte mehr, z.B. die grundsätzliche Übernahme nach der Ausbildung in ein unbefristetes Vollzeitarbeitsverhältnis, die Beibehaltung des Persönlichkeitswahlrechts, die Zuständigkeit der JAV bei Übernahmefragen, die Schaffung eines wirksamen Kündigungsschutzes für JAV-Vertreter.

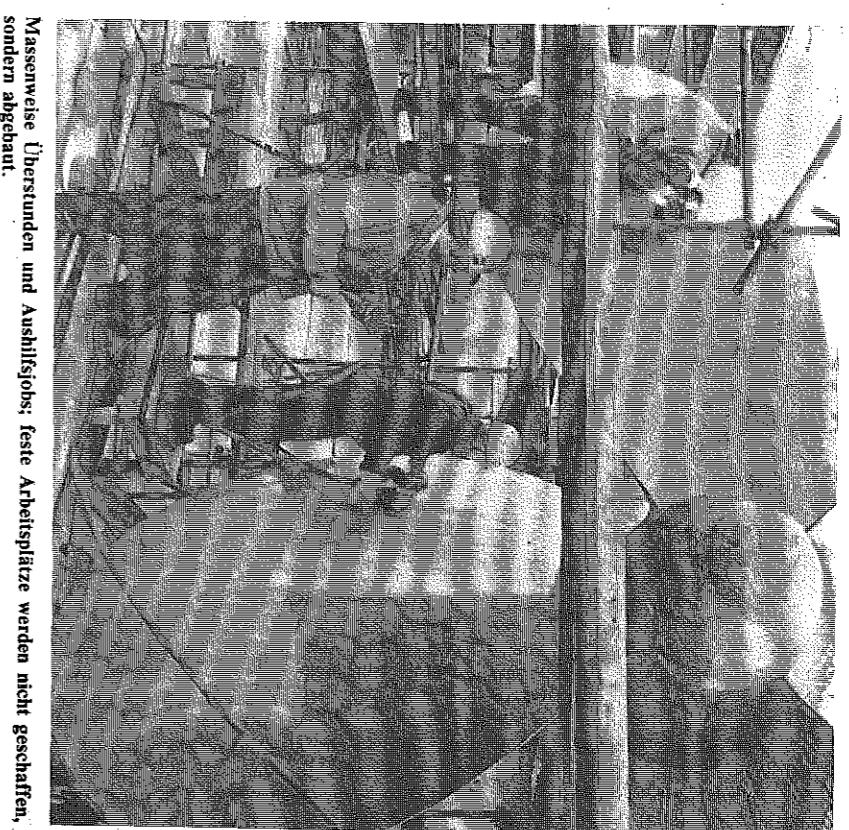
„Zuckerguß“

Nun hat die Bundesregierung also das neue Gesetz verabschiedet. Heißt das, daß sich die Gesinnung „unserer“ Regierung gewandelt hat? Nein. Sie

kann und will nicht jedem Jugendlichen eine Zukunft oder gar nur eine angemessene Ausbildungsstelle garantieren. Auch ist sie keineswegs an einer Ausweitung der Arbeitervertretungen interessiert. Weiterhin sollen z.B. die Rechte der Betriebsräte eingeschränkt werden. Die Pläne für den Aufbau der „Sprecherausschüsse“, in denen z.B. den leitenden Angestellten eine wichtige Rolle zufällt, bestehen weiterhin. Das neue JAV-Gesetz soll den Zuckerguß über all den bitteren Pillen bilden. Man hat konsequenterweise alle wichtigen Ergänzungsforderungen wegfallen lassen - allen voran die nach mehr Unabhängigkeit der JAV vom Betriebsrat. Das heißt, es gibt keine Möglichkeit, eine JVA in Betrieben ohne Betriebsrat zu gründen. Auch wurde die Forderung nach dem Persönlichkeitswahlrecht nicht aufgegriffen. Gewählt wird nach dem Verhältnismäßigkeitsrecht, das bedeutet Listenwahl.

So sollen spalterische Kräfte mehr Möglichkeiten erhalten. Die NPD zum Beispiel wittert hier eine Chance. In einem Schreiben teilt der NPD-Landesverband NRW mit, daß sich seit einiger Zeit eine „Arbeitsgemeinschaft organisierter Gewerkschafter“ in der NPD gebildet habe. Was bleiben soll ist eine leere Hülle von einer sich vertiefenden Annanzahl von Vertretern. Denn das kann man sich sehr schön auf die Fahnen schreiben und es schmerzt auch den Betriebe nicht. Unsere Aufgabe ist es, jetzt zu beweisen, daß wir in der Lage sind, dreimal so viele Kandidaten wie bisher zu organisieren und zu schützen, um trotz der Einschränkungen unsere Interessen in den Betrieben besser durchzusetzen.

Ulrich Beier, Kronenberg
Bezirksvorstandsmitglied BSE-Jugend



Massenweise Überstunden und Ausstilljobs; feste Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, sondern abgebaut.

... und Überstunden

Ausstilljobs, z.B. im Hafen. Doch dieser „Boom“ ist nur eine Seite der Medaille. Es werden keine festen neuen Jobs, sondern nur auf ein halbes oder ein Jahr begrenzte geschaffen.

Leiharbeit

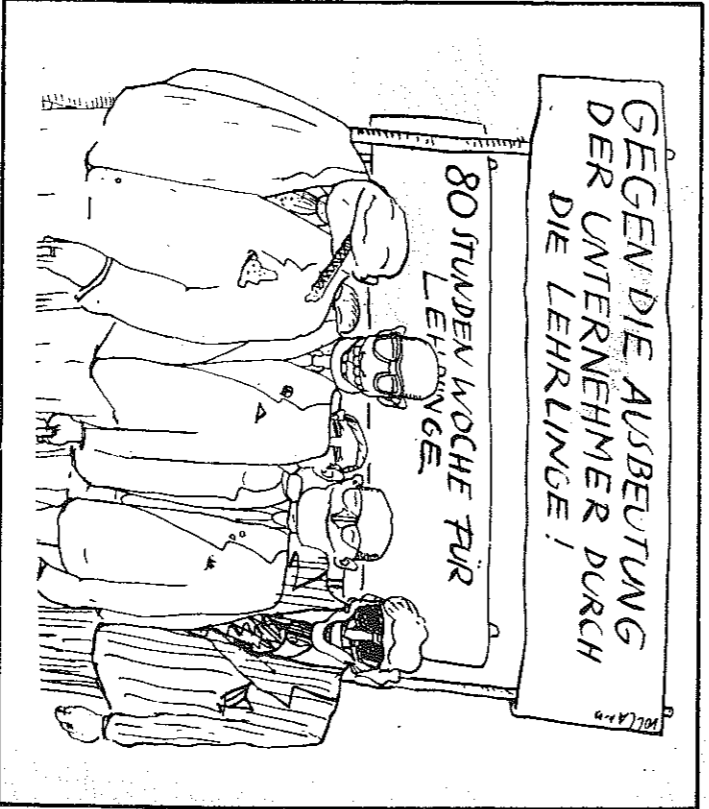
Die Werften verlangen von den Arbeitern massiv Überstunden und benutzen Leiharbeiter von Subunternehmern, um die Aufträge pünktlich erledigen zu können. Der „ganz normale“ Arbeitsplatzabbau geht weiter. Bis zum Jahresende werden mehrere hundert Bremerhavener Werftarbeiter vorzeitig in Rente gehen (müssen). Neubau- und Reparaturkapazitäten werden verringert.

Die Werftenvorstände trauen der guten Auftragslage nicht. Sie halten sich durch den Abbau von festen Stellen und die Ausweitung von Leihar-

beit, Überstunden und Ausstilljobs den Rücken für ein Abgleiten in eine Krise frei.

Zwar ist es nicht ausgeschlossen, daß die Werften sich in den nächsten Jahren wegen besserer Absatzchancen noch über Wasserhalten können, doch ebenso sind neuerliche Zusammenbrüche möglich. Spätestens wenn die kommende Weltwirtschaftskrise auch den Seehandel, die Kreuzschifffahrt usw. betrifft, also eingeschränkt, werden die Auswirkungen auf die Werften zu spüren sein. Eine neuerliche Krisen- hatte Zuspitzung ist dann so gut wie sicher. Bloß daß diesmal am Anfang der Krise nur ein Bruchteil der Arbeitsplätze von vor zehn Jahren vorhanden ist.

Der derzeitige „Boom“ ist kein Argument dagegen, sondern zeigt genau das durch seine Gleichzeitigkeit und das Heranziehen kurzfristiger Arbeit-



Warum stelle ich mich zur Wahl zum Jugendvertreter?

Ab September finden wieder in fast allen Betrieben Jugendvertreterwahlen statt. So auch bei der Firma Oventrop in Olsberg. Dies ist eine Firma für Metallgießerei und Heizungsamaturen mit über 600 Mitarbeitern. Davon sind ca. 1/4 Jugendliche und Auszubildende. Daher ist es schon wichtig, eine gut funktionierende Jugendvertretung zu haben.

Warum will ich kandidieren? Einmal, um mich mehr und intensiver für die Belange der Jugendlichen im Betrieb einzusetzen. Auch habe ich die Erfahrung gemacht, daß Jugendliche, wenn es mal Probleme gibt (z.B. Schule), nicht zum Meister gehen. Hier ist für viele die Hemmschwelle zu groß.

Sie vertrauen lieber ihre Probleme Gleichaltrigen an und versuchen dann zusammen diese zu lösen.

Ein wichtiger Teil der Arbeit dürfte die Mitsprache sein bei der Übernahme nach der Ausbildung. Ein weiterer Punkt sollte sein regelmäßig Sprechstunde einzurichten oder ein Arbeitsplatzbezug durchzuführen.

Dies sind Forderungen, die meiner Meinung nach nur in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat durchzusetzen sind. Dies sind nur wenige Gründe für einen Entschluß, aber nur gemeinsam können wir unsere gewerkschaftlichen Forderungen durchsetzen.

Günter Mertens, Olsberg
Jungsozialist

Wir fordern:

- Kein Auszubildender darf mit ausbildungsfeindlichen Hilfstätigkeiten beschäftigt werden.
- Ein verschärftes Jugendarbeitsschutzgesetz, dessen Einhaltung von den Gewerkschaften überwacht werden muß. Keine Ausnahmeregelungen und keine Überstunden mehr. Für ein absolutes Verbot von Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche.
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieben und Büros.
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand und unter demokratische Kontrolle von Auszubildenden, Gewerkschaften und Staat.
- Finanzierung der gesamten Berufsausbildung durch die Unternehmer (sie sind ja schließlich die Nutznießer).
- Einen Mindestlohn von 1000,- DM netto für Azubis und von 1500,- DM netto für alle Arbeitnehmer über 18 Jahre. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Eine gleiche Lohnskala, die gewährleistet, daß die Einkommen automatisch an die Preissteigerungen angepaßt werden.
- Einen garantierten und qualifizierten Arbeitsplatz im erlernten Beruf nach Ende der Ausbildung.
- Umwandlung von ABW-, Leiharbeits- und befristeten Stellen in dauerhafte, qualifizierte Arbeitsverhältnisse.

VORAN

Daimler-Benz

Nicht spucken, enteignen!

Man muß nur genug Geld haben, dann wird es einem nachgeschmissen. Das beste Beispiel hierfür ist in jüngster Zeit Daimler-Benz. Der Konzern hatte im letzten Jahr einen Überschuß von 1,4 Mrd. DM. Was macht man nur mit soviel Geld? Man investiert.

Zum Beispiel in den Aufkauf der Luft- und Raumfahrtfirma Messerschmid-Bölkow-Bloom. Allerdings kauft Daimler nur den gewinnbringenden Teil. Der Bereich, der eventuell Verluste machen könnte, nämlich die Airbus-Produktion, wird vom Bund getragen - das heißt letzten Endes aus unseren Steuergeldern finanziert.

Wenn wir dann die Airbus-Firma lange genug aufgepäppelt haben, bis sie Gewinne bringt, dann soll auch sie an Daimler gehen - jedoch jede finanzielle Unwägbarkeit, z.B. durch Währungschwankungen, soll bis zum Jahr 2000 weitgehend vom Bund abgedeckt werden. Soviel zum vielzitierten „unternehmerischen Risiko“.

Doch damit nicht genug. Daimler plant jetzt ein Sportwagenwerk zu bauen. Hierfür bekommt der Konzern 34,2 Mio. DM von der Bundesregierung in Form von Steuernachlässen

und 24,5 Mio. DM vom Land Bremen. Dieses Land hat mit die höchste Verschuldung von allen Ländern der BRD. Es wird von der SPD regiert! Der SPIEGEL stellte fest: „Die öffentliche Konkurrenz um private Investitionen ist doch ein gewaltiges Nullsummenspiel, bei dem kein Arbeitsplatz zusätzlich herauskommt, bei dem nur Kosten von der Privatwirtschaft auf den Staat verlagert werden.“

Aufgaben

Darauf antwortet der Bremer Finanzsenator Grobecker, nach eigenen Angaben ein Alt-Sozi: „Man kann viel darüber theoretisieren, wie man das anders machen könnte. Meine Aufgabe hier in Bremen ist, zusammen mit meinen Senatskollegen eine alte Industrie, die Werten, herunterzufahren

Bundesbahn, Hattingen, Prävema, Rheinhausen, Post:

„Wir haben begriffen, was läuft!“

Im Juli organisierte die Jugend der Kasseler Postgewerkschaft eine zweiwöchige Mahnwache für die Übernahme der Auszubildenden im Fernmeldehandwerk. Kasseler Jusos befragten die jungen Postgewerkschafter zur momentanen Lage. Das Interview führten Angelika und Nicole, Jungsozialistinnen aus Kassel.

Frage: Ihr habt auf Eurem Transparent den Slogan: „Bundesbahn, Hattingen, Prävema, Rheinhausen, Post: Wir haben begriffen was läuft!“ Kömt Ihr dies näher erklären?

Jürgen: Dies sind alles Beispiele dafür, wie Arbeitsplätze plattgemacht werden. Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise werden auf die Arbeiter abgewälzt. Dies spüren wir z.B. bei der Übernahmestruktur der Postauszubildenden. Sie sollen mit 24-

Stunden-Verträgen abgespeist werden, natürlich ohne vollen Lohnausgleich. Das bedeutet, daß sie sich mit einem Nettolohn von 800-900,- DM monatlich begnügen sollen. Außerdem droht ihnen ausbildungsfremder Einsatz sowie Versetzung in eine andere Stadt.

Thomas: 1988 wird es 5000 fertige Fernmeldehandwerker geben. Davon sollen nur 3500 „ausbildungsgerecht“ mit 24-Stunden-Verträgen übernom-

men werden. Die restlichen sollen mit 40-Stunden-Jobs innerhalb des Postwesens untergebracht werden. Entgegen der Aussage Schwarz-Schilling stehen tatsächlich nur 200 Arbeitsplätze in der privaten Wirtschaft für Fernmeldehandwerker zur Verfügung.

Mit den 24-Stunden-Verträgen will die Bundesregierung einen Einstieg in die Flexibilisierung der Arbeitszeit durchsetzen. Man will die Leute an unregelmäßige Arbeitszeiten gewöhnen. Du arbeitest drei Wochen und bleibst zwei Wochen zuhause, oder hast eine Woche vormittags und eine Woche nachmittags Dienst.

Frage: Welche Möglichkeiten seht Ihr, die geplanten Verschlechterungen bei der Übernahme von Azubis zu verhindern, die ja auch Teil der besichtigten Privatisierung Schwarz-Schilling sind?

Ingo: Man kann die Privatisierung der Post nicht alleine durch Diskussionen verhindern, sondern nur durch Arbeitskampf. Mit dem Mittel des Streiks wird die Regierung an einer empfindlichen Stelle getroffen. Bei der Post wäre dies natürlich ein politischer Streik. Die Postgewerkschaft ist alleine nicht dazu fähig, die Privatisierung zu verhindern. Auch die aktive Unterstützung anderer DGB-Gewerkschaften ist hierzu erforderlich. Letztendlich geht es sogar darum, daß alle abhängig Beschäftigten gegen die Regierungsvorhaben, eingeschlossen die Steuerreform und die Sozialgesetzgebung, gemeinsam Widerstand leisten. In der Frage der Post-Privatisierung soll es nicht wieder so laufen wie in Sachen §116. Millionen von Leuten hatten sich bei der DGB-Abstimmung gegen die Änderung des §116 ausgesprochen. Trotzdem ist sie durchgesetzt worden. Protestieren alleine genügt eben nicht. Wir danken Euch für dieses Interview.



Die Genossen Grobecker (Bremer Finanzsenator) und Reuter (Daimler-Chef) sorgen gemeinsam dafür, daß unser Geld in die Kasse des Automobilkonzerns fließt.

und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß neue Industrien entstehen. Und das kann es nicht unsere Aufgabe sein, Daimler-Benz in den Suppentopf zu spucken.“

Nein, Genosse Grobecker, spucken ist nicht unsere Aufgabe. Aber ganz bestimmt ist es nicht unsere Aufgabe, die Gewinne der Konzerne zu erhöhen! 7000 Arbeitsplätze, sagt Daimler (dessen Chef, Edzard Reuter, übrigens auch SPD-Mitglied ist!), sollen in Bremen geschaffen werden. Dafür wird aber jetzt schon in Süddeutschland der

Abbau von Arbeitsplätzen angekündigt!

Wir werden keinen Schritt weiterkommen, wenn wir als Konkurrenz versuchen, uns gegenseitig die Arbeitsplätze abzujagen. Der lachende Dr. Reuter sind dabei immer die Unternehmensziele abzubauen, ist die Entmachtung der Konzerne durch Enteignung und demokratischer Arbeiterkontrolle!

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Lafontaine und Späth gemeinsam gegen Arbeitsplätze, welchen ein Paar!

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst (über 2 Mio.) haben ab dem 1.4.1989 die 39-Stunden-Woche erreicht. Dies reicht natürlich nicht aus, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen geschweige „Arbeit für alle“ zu erreichen. Diesen mehr als beschneidenden Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit scheinen Späth und Lafontaine nicht zu sehen. Denn sie (welch ein „Paar“) schlagen nun vor, daß die Beschäftigten ihre Pause täglich um 10 Minuten verlängern. Von Späth habe ich nichts anderes erwartet, aber „Genosse“ Lafontaine scheint vergessen zu haben, welcher Partei er angehört. Es reicht nicht, daß Oskar während den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst den Beschäftigten in den Rücken fällt mit seiner Forderung „Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich“! Nein, nun auch das noch!

Mit der Verlängerung der Pause sind die Arbeitszeitverkürzung eingeführt werden. Viele Kollegen konnten es so nicht fassen, daß solch ein Vorschlag aus dem Munde eines Sozialdemokraten kommt, der einst so linke Fortschrittler war. Vielen meinten: „Ist die SPD noch mein Zuhause?“, „Weiß Oskar nicht mehr, wer seine Basis ist.“ Natürlich freut sich jeder über eine längere Pause. Aber noch mehr hätte besonders weil dann hoffentlich neue Kollegen eingestellt worden wären. Aber so ist das: Wenn in den Tarifabschlüssen nicht ganz eindeutig festgelegt wird, wie die Arbeitszeitverkürzung umgesetzt werden soll, können wir vor keiner Überraschung stehen.

Eliane Peters, Aachen
Jungsozialistin

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Ich möchte **VORAN** abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430



Mahnwache der Postgewerkschaftsjugend in Kassel: „Protestieren alleine genügt nicht.“

